

Feste Termine

Gemeinsames Briefeschreiben an Gefangene der GG/BO-Soligruppe Jena | Jeden 2. Montag im Monat von 19:00 bis 22:00 im Infoladen | gefangenensolijena.noblogs.org

Gewerkschaftliche Sprechstunde der FAU Erfurt/Jena | Jeden Dienstag von 18:00 bis 19:00 im Infoladen | www.fau.org/ortsgruppen/erfurt-jena

Sprechstunde für Verschlüsselung, Privatsphäre und Datensicherheit des Hackspace | Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20:00 im Krautspace | kraut.space

Regelmäßiger Treffpunkt der Gruppe STATT zu Mietproblemen und -kämpfen | Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat von 18:00 bis 20:00 im MobB.eV (Unterm Markt 2) | rechtaufstadtjena.noblogs.org

Offene Antirepressions-Sprechstunde der Rote Hilfe Jena | Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat 19:00-21:00 | rotehilfejena.blogspot.de

Offene Bildungs-AG der FAU Erfurt/Jena | Jeden 2. Mittwoch 16:00-18:00 im Infoladen | faujenabildung.blackblogs.org

Küche für Alle im Hausprojekt im Eisenberger Bahnhof | Jeden Donnerstag ab 20:00 im Bahnhof von Eisenberg (Bahnhofstr. 6)

Solitresen der Gruppe Pekari | Jeden 3. Donnerstag im Monat ab 21:00 in der Insel | pekari.blogspot.de

Infocafé der Gruppe Pekari im Infoladen | Jeden Freitag von 15:00 bis 18:00 im Infoladen | pekari.blogspot.de/infocafe

Offenes Plenum von Jugend gegen Rechts | Jeden Freitag von 16:00 bis 19:00 | siehe facebook

Critical Crisis Concerts | Unregelmäßig | criticalcrisis.blogspot.de

Orte und Seiten

Infoladen Jena
infoladenjena.blogspot.de
Adresse: Schillergässchen 5, 07745 Jena, letzte Etage hinten links überm Grünowski.

Öffnungszeiten Donnerstag 17:00-18:00 und Freitag 15:00-18:00.

Frei(t)raum der Uni Jena

Der Frei(t)raum wurde von einer älteren Generation politisierter Student_innen als selbstverwalteter studentischer Raum erkämpft. In ihm können problemlos Veranstaltungen und Treffen organisiert werden. Gegenüber vom Stura, in der Carl-Zeiss-Straße 3.

Der Wolja-Blog

wolja.noblogs.org

Der Blog zu Raumfragen und Hausbesetzungen in Jena sowie zur Repression im Zusammenhang damit. Hervorgegangen aus den Hausbesetzungen 2013 und 2014.

Was tun

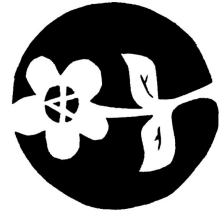
wastun.co.vu

Der Jeaner Bewegungskalender mit Infos und Terminen der lokalen linken und linksradikalen Szene im weitesten Sinne.

Lirabelle

lirabelle.blogspot.eu

Das Thüringer Szenenblatt mit Beiträgen von linksradikalen und antiautoritären Gruppen und Genoss_innen aus Jena, Erfurt und anderen Städten.



Anarcho Infoblatt Jena

Vom AIBJ werden aller zwei Monate 300 Kopien gedruckt und an verschiedenen Orten verteilt, unter anderem im Infoladen Jena und im Wohni. Ihr könnt es zu Bewegungszwecken frei vervielfältigen. Kontakt unter aibj@riseup.net. Die älteren Ausgaben im Druckformat unter samizdataarchiv.noblogs.org

Anarcho Info-Blatt Jena

#7

Samizdat mit praktischen Infos für Organisation und Aktion in Jena



Anarchismus: Eine herrschaftsfeindliche Einstellung, eine Theorie-Tradition, eine historische wie aktuelle gesellschaftliche Bewegung. Gibt es auch in Jena.

Samizdat: Russisch für Selbsttherausgabe. Zu Zeiten der staatskapitalistischen Diktaturen des Ostblocks selbstherausgegebene Untergrundblätter der Oppositionsbewegungen. Gab es auch in der DDR.

Organisierung und Aktion: Das, worin sich unsere Ideen, Überzeugungen und Debatten übersetzen. Der Versuch, unsere Alltagsbeziehungen neu zu gestalten und konkrete Kämpfe gegen diese Verhältnisse zu führen.

Inhalt

Vorwort (Seite 3)

Wir wollen eure Kritik! (Seite 4)

Anmerkungen einer Leserin (Seite 5)

[Bewegungsgeschichte]

Die Antifa-Demos in Saalfeld 1997/1998 (Seite 6)

[Aus den letzten Monaten]

Bewegungs-Nachrichten (Seite 10)

Infos über die Neonazis (Seite 14)

Selbstorganisation und Hausbesetzung (Seite 16)

Der 9. November in Jena (Seite 20)

Ermittlungssauschuss und Rhythms of Resistance zum 9. Nov. (Seite 23)

Antifa - ein schlechter Witz... (Seite 24)

Gefangenen-Infos (Seite 26)

Hungerstreiks in der JVA Untermaßfeld (ab Seite 28)

[Aus den laufenden Kämpfen]

Update der FAU-Bildungs-AG (Seite 32)

"Wieviel Miete zahlst du so?" (Seite 34)

Gefahrengebiet? Gefährlich sind in erster Linie die Bullen. (Seite 37)

[Anstehendes]

Kommende Termine (Seite 43)

[Analyse]

Zum Begriff der Freiheit (Seite 44)

[Internationales]

Reisebericht: Anarchismus in der weißrussischen Diktatur (Seite 48)

[Stabiles]

Termine und Orte (Seite 52)

Das **Titelbild** zeigt die Hausbesetzung in der Carl-Zeiss-Straße 10 vom 17.10.2016.

Eigentumsvorbehalt Nach dem Eigentumsvorbehalt ist das Heft so lange Eigentum des Absenders, bis es der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird das Heft dem/der Gefangenen nicht ausgehändigt, ist es dem Abender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

nalisten" in der BRD Faschos und Nationalist_innen, die einige anarchistische Ideen und Symbole ganz nett fanden und sie in ihre nationalistischen Ideologie integriert haben. Der zweite Konflikt besteht mit einem Grüppchen, der „revolutionären Aktion“, das aus dem anarcho-individualistischen Spektrum entstanden ist und seit ca. 3 Jahren offen antifeministische und homophobe Positionen (Stichworte „Gayropa“ und „Homosozialisten“) vertritt. Beide Strömungen, die „Nationalen Anarchist_innen“ wie der antifeministische Flügel, sind leider auch in anderen osteuropäischen Ländern, in Russland und der Ukraine, in den letzten 15 Jahren zu einer dauerhaften Plage geworden.

Eine wichtige Debatte ist, mit welchem Ziel man sich neben Liberalen und Nationalist_innen in den anti-diktatorialen Widerstand einbringt. Die Anarchist_innen machen sich da keine Illusionen. Es war ja bereits in mehreren osteuropäischen Staaten zu beobachten, dass der Übergang von autoritären/diktatorischen postsozialistischen Regimen hin zu demokratischen Regimen, oft über die sogenannten „Bunten Revolutionen“, vielleicht eine Liberalisierung staatlicher Herrschaft, aber bei weitem keine Befreiung mit sich brachte. Dennoch halten sie das Ende der Lukaschenko-Diktatur und so einen Übergang für wünschenswert, weil sich so die Bedingungen für Organisation und Widerstand verbessern würden. Sie könnten offener agieren, einfacher Proteste und Aktionen organisieren, sich in soziale und Klassenkämpfe einbringen, wodurch mehr Leute den Anschluss an die Bewegung finden könnten.

Was können wir tun?

Trotz aller staatlichen Unterdrückung, wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Szene-Konflikte versucht die anarchistische Bewegung in Weißrussland, den Widerstand gegen die Diktatur und gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Wir, die wir in einer staatlichen Demokratie und relativ wohlhabenden Gesellschaft leben, haben vergleichsweise dazu weitaus mehr politischen und ökonomischen Spielraum. Es wäre toll, wenn sich mehr Leute hier angesprochen fühlen, diesen Spielraum auszunutzen und die Bewegung in Weißrussland zu unterstützen. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Z.B. kann man, so wie wir das gerade machen, Informationen über die Zustände und den Widerstand in Weißrussland verbreiten. Es ist immer wichtig, das ABC Belarus finanziell zu unterstützen, da die Gefangenenhilfe und Antirepressionsarbeit sehr kostspielig sind. Das geht über Spenden oder indem ihr das Buch „Auf dem Weg nach Magadan“ kauft. In Bezug darauf kann das ABC Jena angesprochen werden. Man kann ebenfalls an das Emma-Goldman-Übersetzungsprojekt der russischsprachigen anarchistischen Verlagskooperative „Radikale Kritik und Theorie“ (siehe Infoblatt #5) spenden. Deren Bücher werden auch in Weißrussland, wenn auch nur von Hand zu Hand weitergegeben, stehen in der „Aufständischen Bibliothek“ und werden dort diskutiert.

Links

pramen.io (Nachrichten)
abc-belarus.org (Antirepression)
dumka.be (Aufständische Bibliothek)
fnbminsk.noblogs.org (Food not Bombs)

Verschleppung durch den Geheimdienst, die Inhaftierung und Folter im KGB-Knast von Minsk und die Situation in Weißrussland berichtet. Das ABC Dresden hat das Buch ins Deutsche übersetzt, in Jena wird es vom ABC Jena verteilt.

Wenn der Staat so hart gegen eine kleine Untergrund-Szene vorgeht, wie würde er wohl auf breitere Proteste reagieren? Im Juni/Juli 2011 kam es zu solchen Protesten, bei denen bis zu einige Tausend Leute nach den inszenierten Wahlen vom Dezember 2010 gegen Lukaschenko auf die Straße gingen. Die Bullen gingen sofort gegen die Demos vor, verhafteten Dutzende Leute. Jegliche Demonstrationen wurden verboten. Das war die größte Mobilisierung gegen das Lukaschenko-Regime der letzten Jahre.

Anarchistische Bewegungsprojekte

Trotz alledem bringen die Anarchist_innen in Weißrussland einiges zustande. Die im Westen bekannteste Gruppe ist das Anarchistische Schwarze Kreuz (ABC) Belarus. Es wurde 2009 gegründet, als zunehmende staatliche Repression bereits abzusehen war, betreute die Gefangenen vom 2010/11 und kümmert sich bis heute um Antifa- und anarchistische Häftlinge. Weiterhin gibt es eine Bewegungsbibliothek, die „Aufständische Bibliothek“. Sie wurde 2011 gegründet, wurde erst in einer Kunstgalerie und dann im Büro der Grünen Partei untergebracht. Gelegentlich übersetzt die Bibliotheksgruppe Texte aus dem Ausland und veröffentlicht sie auf der Seite dumka.be. Die anarchistische Infoseite pramen.io wurde bereits angesprochen. Seit 2013 wird unter

großem Aufwand versucht, eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Seit 2014 wird eine Gegenuniversität organisiert, d.h. es finden immer wieder – gelegentlich offene, aber zumeist geheime – Selbstbildungsveranstaltungen statt. Die „Food not Bombs“-Gruppe kocht seit 11 Jahren Essen und verteilt es kostenlos an Leute. Darüber werden nicht nur Obdachlose und Arme unterstützt, sondern wird auch ein dissidenter sozialer Raum geschaffen. Eine weitere Gruppe, an der sich Anarchistinnen beteiligen, ist die feministische Gruppe. Es gab auch mal eine Anti-AKW-Gruppe, die sich gegen den Bau neuer Atomkraftwerke in Weißrussland engagiert hat, aber aufgrund der Repression aufgelöst werden musste.

Manche der erwähnten Gruppen befinden sich vollkommen im Untergrund und deren personelle Zusammensetzung ist sogar den eigenen Leuten unbekannt wie z.B. das ABC. Andere Gruppen können gelegentlich offener einladen und Anschlusspunkte für unzufriedene Menschen bilden wie z.B. die Gegenuniversität, die aufständische Bibliothek oder die „Food not Bombs“-Gruppe.

Szene-Konflikte und -debatten

Wie sollte es auch nicht in Weißrussland Szenekonflikte geben? Wobei die zwei Auseinandersetzungen, die wir mitbekommen haben, eher weniger interne Debatten sind als Abgrenzungskonflikte mit Gruppierungen, die sich das Label „anarchistisch“ anmaßen. Die erste derartige Gruppierung sind die „Nationalen- oder Ethno-Anarchist_innen“. Das sind ähnlich wie die „autonomen Natio-

Vorwort der AIBJ-Redaktion

Mit der mittlerweile siebten Ausgabe unseres Hefts feiern wir auch unseren ersten Geburtstag! Im November 2015 war die erste Ausgabe des Anarcho Infoblatts Jena in 150facher Auflage rausgekommen. Um nicht lange um den heißen Brei rumzureden: Wir wollen endlich Rückmeldung, um besser einschätzen zu können, was im letzten Jahr gut oder schlecht ankam und was zukünftig besser laufen kann! Wir wollen weder Komplimente, noch können wir unfaire Angriffe gebrauchen, sondern Kritik, mit der wir arbeiten können. Ausführlicher auf der nächsten Seite.

Unser Geburtstag ist diesen Herbst nicht der einzige. An dieser Stelle möchten wir, wenn auch verspätet, noch den Ultras der Horda Azzuro alles Gute zu ihrem 15-jährigen wünschen (sorry Leute, wir haben halt kein Zine, welches aller zwei Wochen erscheint)! Bei aller Kritik und trotz aller Widersprüche in der Fußballszene (Männerbündelei, Fußballfanatismus, Lokalpatriotismus etc.) muss doch gesagt werden, dass die Stadt ohne sie vermutlich brauner und manche Wand grau geblieben wäre. Im größten „Jugendzentrum der Stadt“, der Südkurve, haben Faschist_innen dank der Horda nichts mehr zu melden. Ansonsten können wir als autonome Bewegung in Jena von der Fußballszenen in Sachen Organisation, Kontinuität und Solidarität noch so manches lernen. Sie halten seit Jahren ein selbstverwaltetes Lokal am Laufen. Es gibt Leute, die seit 15 Jahren am Ball bleiben (hihi). Und jüngst erschien der 250. Bratwurstdealer (Fanzine). Über jedes Spiel des FCC findet sich dort ein Bericht und noch allerlei anderes. Über radikale oder autonome Aktionen gibt es nur ab und zu was zu lesen. Aber dafür bringen wir ja nun unser Heft raus. Derzeit sitzen zwei Leute aus der Südkurve im Knast. Zu den FCC-Spielen gab es mehrfach Solibanner und Choreos – auch wir schließen uns an: „Freiheit für Tolek & Kiese!“ und weiterhin „Kein Fußball den Faschisten!“

Themenwechsel: Neulich hatten wir eine Diskussion darüber, wie wichtig es uns von Anfang an war, über die Alltagskämpfe in unserer Stadt zu berichten bzw. die entsprechenden Leute zu Wort kommen zu lassen. Deswegen haben wir uns auch dieses Heft wieder bemüht, neben allgemeinen oder Berichten zu Einzelaktionen (die Hausbesetzung vom 17. Oktober, die Antifa-Demo vom 9. November, der Reisebericht aus Weißrussland, der Text zum Freiheitsbegriff) Beiträge aus den laufenden Alltagskämpfen zu sammeln, nämlich die Berichte zu Recht auf Stadt, der Bildungs-AG der FAU, die Gefangenen-Infos und Mitteilungen der Jenaer Soligruppe der Gefangenengewerkschaft sowie Überlegungen zum Widerstand gegen die polizeiliche Besatzung unserer Stadtteile.

Das Heft ist wieder sehr dick geworden. Wir mussten einiges quetschen. Hoffentlich liest es sich trotzdem gut.

Euer Anarcho Infoblatt Jena, Dezember 2016

Wir wollen eure Kritik - und zwar jetzt!

von der AIBJ-Redaktion

Liebe Leute, Freund*innen und Genoss*innen,

seit nun einem Jahr widmen wir uns der Herausgabe des „Anarcho Info-blatts Jena“. Es stellt zwar einen Heidenaufwand dar, macht uns aber trotzdem viel Spaß - deswegen ziehen wir es durch. Eine Sache, über deren Ursache wir uns selbst nicht in Gänze klar sind, stört uns aber mega: uns fehlt das Feedback bzw. die Kritik eurerseits!

Wir glauben, dass es lokale und im Selbstverlag erscheinende Broschüren / Hefte / Zines braucht, um sich als Bewegung über die eigenen Positionen zu verständigen, auszutauschen und zu streiten. Außerdem wollten wir Leuten, die noch nicht ganz in den Szene-Sumpf integriert sind, den Zugang zu Informationen und Debatten erleichtern und hofften, mit unserem Heft eine neue Zine-Kultur in Jena zu entfachen (vielleicht wird das ja noch).

An diesen Ansprüchen wollen wir uns messen (lassen). Und dazu braucht es eure Kritik und euer Feedback. Nun haben wir manchmal erstens den Eindruck, in ein Schwarzes Loch hinein zu schreiben, das alles schluckt und keinen Widerhall von sich gibt. Schreibt uns doch endlich mal, was euch gefällt oder was euch stört! Und zweitens bekommen wir mit, dass hinter unserem Rücken eine Menge gemauschelt und getratscht wird, diese Kritik aber in den seltensten Fällen bei uns ankommt und wenn, dann zumeist unbeabsichtigt über Dritte. Leute, wenn ihr ein Problem

habt, dann schreibt uns doch mal ne Mail. Dann können wir drüber reden und gegebenenfalls was ändern.

Klar wissen wir, dass Kritik oft schwer fällt. Es ist in der Szene leider zu oft noch wie in der restlichen Konkurrenzgesellschaft: Oft wird die eigene Haltung nicht klar vertreten und auch nicht versucht, sich zu verständigen. Wir wollen hin zu einer Kultur, in der wir gemeinsam über Fehler oder Konflikte sprechen und uns dann entweder einigen oder trotz der Meinungsverschiedenheit zusammen weitermachen oder fair (!) auf Distanz gehen, d.h. ohne sich gegenseitig persönlich zu verdammen.

In diesem Sinne - schickt eure Kritik und euer Feedback an unsere Infoladenadresse oder in einer Mail an aibj@riseup.net (den PGP-Schlüssel erhaltet ihr auf Nachfrage)!

Dies gilt sowohl für Kritik am Vorhaben als Ganzes, einzelnen Heften oder Veröffentlichungen im Namen der Redaktion als auch für Kritik an Artikeln von externen Autor*innen, die wir dann gerne weiterleiten.

AIBJ
c/o Infoladen Jena
Schillergässchen 5
07745 Jena
aibj@riseup.net

Statue von Dserschinski bewundern, des Gründers der Tscheka, des ersten bolschewistischen Geheimdienstes, der von 1917 bis 1922 Zehntausende von Menschen verfolgte und die ersten Konzentrationslager einrichtete. In den U-Bahnen prangen Hammer und Sichel, auf dem zentralen Platz und anderswo stehen Lenin-Statuen. D.h. die ganze rote Sozialismus-Scheiße, die zumindest bei uns zum Glück 1989 abgeschafft wurde.

Die anarchistische Szene ist einem ständigen Verfolgungsdruck ausgesetzt. Zu offenen Veranstaltungen kommen immer wieder Bullen (in Weißrussland in guter Sowjet-Tradition „Militsia“ genannt) und KGB-Bullen. Sie rufen auch gerne mal auf dem Privathandy an, um zu zeigen, dass sie die Leute im Blick haben. Aktionen kriegen keine Genehmigung und müssen unangemeldet stattfinden. Folglich können sie nicht offen beworben werden und werden meistens innerhalb von 10 Minuten von den Bullen gesprengt. Dabei ist es mehrfach passiert, dass die Demonstrant*innen vor Ort zusammengeschlagen und später vom Gericht zu zehntägigen Arreststrafen verurteilt wurden. Als einmal Leute aus Deutschland dabei waren, wurden sie ebenfalls verprügelt und dann aus dem Land abgeschoben.

Hinzu kommt die staatliche Zensur. Briefe, gerade Korrespondenz mit dem Ausland, werden teilweise geöffnet und gelesen. Seit einigen Jahren werden Internetseiten blockiert und verboten. Das weißrussische Indymedia wurde 2006 während der „Wahlen“ über mehrere Wochen hinweg blockiert. Die anarchistische Nachrichten-Seite pramen.io wurde erst diesen Okto-

ber nach einem Gerichtsprozess offiziell verboten und ist seitdem abgeschaltet. Ein beteiligter Genosse hat in Bezug darauf die Befürchtung geäußert, dass in Weißrussland nun „ein chinesischer Eiserner Vorhang aufgebaut wird“, d.h. die staatliche Zensur und Kontrolle des Internets und damit des Informationszugangs der Bevölkerung weiter ausgeweitet wird.

All das führt dazu, dass sich die anarchistische Bewegung in Weißrussland im Untergrund organisieren muss. Entsprechend sind dort die Praktiken und Techniken von Untergrund-Arbeit, die bei uns am ehesten bei militant-autonomen oder militant-antifaschistischen Gruppen lebendig sind, für alle eine Überlebensfrage.

2010/2011: Repression gegen Anarchisten und Niederschlagung von Protesten

Im August/September 2010 kam es zum bisher größten Repressions-schlag gegen die anarchistische Bewegung. Das war eine staatliche Reaktion auf mehrere militante Aktionen und Anschläge gegen die Diktatur in den vorhergehenden Monaten. Mehrere Anarchisten wurden verhaftet und drei von ihnen wegen militanter Aktionen zu mehreren Jahren Strafkolonie verurteilt: Aliaksandr Frantskievich, verurteilt zu drei Jahren Strafkolonie, entlassen im September 2013. Ihar Alinevich, verurteilt zu 8 Jahren Strafkolonie, im August 2015 entlassen. Mikalaj Dziadok, verurteilt zu 4,5 Jahren Strafkolonie, im August 2015 entlassen. Ihar Alinevich hat während seiner Haftzeit das Buch „Auf dem Weg nach Magadan“ geschrieben, in dem er über seine Flucht nach Moskau, seine

Der anarchistische Widerstand gegen die Lukaschenko-Diktatur

von anonym

Ich war neulich in Belarus/Weißrussland und habe mich dort mit Leuten aus der anarchistischen Bewegung getroffen. Weißrussland ist ein armes Land und eine Diktatur, die „letzte Diktatur Europas“, wie es oft heißt. Entsprechend werden unsere Leute dort in den Untergrund gezwungen. Nichtsdestotrotz organisieren sie sich und den Widerstand gegen den Staat, seinen Diktator und die Verhältnisse allgemein. Davon will ich in diesem Text berichten.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Weißrussland befindet sich in der osteuropäischen kapitalistischen Peripherie und ist wirtschaftlich wie politisch vor allem von Russland und teils vom Internationalen Währungsfonds (IWF) abhängig. Ein großer Teil der Industrie und Landwirtschaft befindet sich wie noch zu Kommunismus-Zeiten in staatlichem Besitz. Seit einigen Jahren jedoch laufen auf Druck Russlands und des IWF hin Privatisierungsprogramme. Die Löhne sind ziemlich mies. Eine Bekannte arbeitet im Krankenhaus und kommt auf 150€ im Monat. Ein anderer ist Lehrer und bekommt 250€ im Monat. Arbeitslosengeld gibt es nicht wirklich, das sind 15-20\$ pro Monat. Auf der anderen Seite gibt es auch eine krasse Ungleichheit. Wer in der IT-Industrie Arbeit findet, kann bis zu 3000 Dollar im Monat verdienen und hat seine Schäfchen ins Trockene gebracht.

In diesen Verhältnissen steckt na-

türlich auch die anarchistische Szene drin. Einige haben entsprechend der Szene den Rücken gekehrt und sind zu den Grünen gegangen, haben angefangen, im IT-Bereich zu arbeiten und sind nach Moskau, Litauen oder in den Westen ausgewandert. Sie sind, wie ein Freund bitter meinte, „an den Komfort“ verloren gegangen.

Die Diktatur, ihre sozialistische Fassade und die dauerhafte Repression

Seit 1994 befindet sich Präsident bzw. Diktator Lukaschenko an der Macht. Die politische Ordnung ist extrem repressiv. Das fängt schon mit der Einreise ein. Man wird an der Grenze krass kontrolliert und gefilzt, muss einige Dokumente ausfüllen und sich innerhalb von einer Woche in Minsk bei einer Art Ausländerbehörde anmelden. Bei den Grenzkontrollen wird auch nach politisch subversivem Material gesucht. Vor einiger Zeit erst haben die Grenzbullen bei jemandem im Auto einen Haufen radikaler Literatur – Bücher und Hefte – gefunden und eingezogen.

Kommt man dann in Minsk an, fällt einem sofort auf, dass der Sozialismus hier im Gegensatz zu den meisten anderen Ostblockstaaten mit ihren „bunten Revolutionen“ überlebt hat. Zumindest seine Unterdrückungseinrichtungen und Symbolik. Mitten im Stadtzentrum befindet sich die KGB-Zentrale mit angeschlossenem KGB-Knast. Gleich gegenüber kann man die

Anmerkungen zu der „Kleine[n] Anmerkung der Redaktion“

von einer Leserin

Liebe Redaktion,

ich habe mich sehr gefreut, das neue AIB aufzuschlagen – die Bewegungsgeschichte der Frauen in der DDR fand ich super spannend und auch, dass die Aktionen rund um den 17.08. aus feministischer Perspektive beleuchtet wurden, hat mich sehr gefreut, da solche Perspektive im Ganzen „Yeah Action_Besetzung_Demo“ Gejubil manchmal doch untergehen.

Der Text von Horst zur profeministischen Männer*bewegung hat mich auch sehr positiv gestimmt. Die Art und Weise zu schreiben war sehr angenehm und auch das Aufzeigen der Widersprüche war mal eine ganz andere Art des Schreibens als das sonstige Abbilden von vermeintlichen Sicherheiten, objektiven Wahrheiten und Wissen.

Doch dann bin ich sehr über die „Kleine Anmerkung der Redaktion“ zu diesem Artikel gestolpert und die Frage bleibt hängen – hat die Redaktion den Artikel zur profeministischen Männer*bewegung überhaupt gelesen? Und wenn ja – hat sie diesen denn so anders verstanden als ich?

Horst schreibt, „Ich will mich nicht als tollen reflektierten Mann* verkaufen und auch nicht als solcher gesehen werden“ und wie er lernte seinen Gefährtinnen „nicht ohne ihr unermüdliches Zutun“ zuzuhören. Wie kann es in dem Zusammenhang sein, dass eine ganze Anmerkung der Redaktion den tollen Gruppen,

Treffen, neuen Entwicklungen, an denen sich „viele Männer“ beteiligen, gewidmet ist, ohne mit einem Wort zu erwähnen, wie viel feministische Arbeit von FLTI* Personen geleistet wurde, damit das Thema überhaupt auf den Tisch kommt. Ohne die Interventionen, Kritiken, ermüdenden Diskussionen und auch das Austreten von FLTI* aus politischen Zusammenhängen, so glaube ich, würden sich auch heute kaum Männer* kritisch mit ihrem Mann*-Sein auseinandersetzen. Die Anmerkung der Redaktion erscheint in diesem Licht doch nur wie ein selbstgefälliges Schulterklopfen und dem Bestärken des „Ja, wir Männer* sind ja so toll und es hat sich so viel getan“ und macht die Arbeit von FLTI* Personen in diesem Zusammenhang – wie so oft – unsichtbar! Es reicht also nicht ein Heft mit dem Themenschwerpunkt Feminismus und Geschlechterkämpfe herauszubringen, wenn sogar innerhalb des Heftes die politische Arbeit von FLTI* unsichtbar gemacht wird.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass die angestoßenen Diskussionen weitergehen und das Handeln von FLTI* Personen sichtbar wird – auch wenn es sich nicht lautstark auf Demos äußert.

Liebe Grüße
Eine Leserin – in Auseinandersetzung mit anderen.

Die Antifa-Demos in Saalfeld 1997/1998

von AIBJ-Redaktion

Im Oktober 1997 sollte es in Saalfeld eine bundesweite und breite Antifa-Bündnisdemo geben. Nach der Demo in Würzen bei Leipzig von 1996 mit 6000 Antifas sollte es die zweite dieser Art in unserer Region werden. Durch Pressehetze, ein staatliches Verbot und Bullenrepression wurde diese unterdrückt und verhindert. Im März 1998 wurde die Demo entgegen krasser Demo-Auflagen und trotz Bullen-Terror nachgeholt und durchgesetzt. Für einige Leute aus Jena und anderen thüringischen Städten war das damals die erste Großdemo und eine wichtige Erfahrung.

Die 90er in Saalfeld

In Saalfeld fanden während der 90er zahlreiche wichtige Nazi-Events und Organisationsprozesse statt. Am 17. August 1992 marschierten 2500 Glatzen in einer bundesweiten Hess-Gedenkdemo und der ersten großen Fascho-Demo Thüringens durch die Stadt. Ein halbes Jahr später kam es zu einem dreitägigen Vernetzungstreffen verschiedener Nazi-Vereine. Ebenfalls 1992 wurde in Saalfeld die Anti-Antifa gegründet, um Infos über die antifaschistische Bewegung zu sammeln und unter den Nazis zu verbreiten. Im Herbst 1995 verhinderten die Faschos mithilfe einer Bombenattrape die Gedenkfeierlichkeiten an einem Saalfelder antifaschistischen Mahnmal. Neonazi-Größe und Verfassungsschutz-Mann Tino Brandt gründete im Sommer 1996 das „Aktionskomitee Deutsches Jugendhaus Saalfeld“ mit dem Ziel, ein „Nationales

Jugendzentrum“ aufzubauen. Und am 26. März 1998 – nicht einmal zwei Wochen nach der Antifa-Demo vom 14. März – wurde die 14jährige Punkerin Jana Georgi von einem 15jährigen Jungfascho erstochen. Ansonsten trifft auf das allgemeine Klima im Saalfeld der 90er der Begriff „rechter Konsens“, der zu dem Zeitpunkt in der Antifa-Szene von Thüringen und Sachsen in Mode kam, recht gut zu. Saalfeld hatte damals eine ziemlich rechts eingestellte Bevölkerung und war zusätzlich ein Organisierungsschwerpunkt der sich im Aufbau befindlichen Nachwende-Neonazi-Bewegung.

Staatliche Unterdrückung der Saalfeld-Demo 1997

Um etwas gegen die Fascho-Umtriebe und die rechte Einstellung der Bevölkerung zu machen, rief ein breites Antifa-Bündnis für den 11. Oktober 1997 zu einer Demonstration unter dem Motto „Den rechten Konsens durchbrechen!“ auf, angemeldet vom Verdi-Gewerkschafter Angelo Lucifero. Zu diesem Bündnis gehörten neben der lokalen Antifa-Gruppe und Antifa-Gruppen anderer Städte auch die linken Organisationen des Antirassistischen und antifaschistischen Ratschlags. Der Antifa/Antira-Ratschlag findet seit 1991 in verschiedenen Städten Thüringens statt und vereint bis heute auf Grundlage eines Anti-Nazi-Konsens die Linke in ihrer ganzen Breite, von linken Gewerkschafts-, Partei- und Staatsfunktionären bis zu autonomen Gruppen.

zu einer freien Gesellschaft. Frei ist der Mensch, welcher freiwillig handelt, der alles, was er tut, aus der eigenen Einsicht in die Notwendigkeit oder Wünschbarkeit seiner Tat verrichtet.“

Das klingt erstmal ganz gut, aber natürlich geht die Diskussion darum, was ein anarchistisches Verständnis von Freiheit ist, im Grunde genommen gerade erst los. Schließlich sind Menschen nicht einfach aus sich heraus frei und werden nur „von außen“ eingeschränkt, sondern stellen immer Ergebnisse der Gesellschaft dar, in der sie leben und sind mit ihr verwoben. Deswegen entsteht einerseits ein Drang, aus der jeweiligen Gesellschaft heraus zu streben, irgendwie auszusteigen und alternativ leben zu wollen. Andererseits sind manche Gruppen gesellschaftlich tatsächlich nur teilweise oder gar nicht integriert, was für sie ebenfalls eine beschissene Lage ist, da sie dadurch einfacher und direkter ausgebeutet und unterdrückt werden können. Wenn Menschen Verhältnisse der sozialen Freiheit einrichten wollen, wie sie oben beschrieben wurden, stellt sich darum die Frage, wie die Gesellschaft dafür verändert werden muss.

Das bedeutet zunächst, auf Distanz zum Bestehenden zu gehen, es zu kritisieren und festzustellen, dass durch kapitalistische Staaten keine Freiheit, die wir meinen, möglich wird. Es können tatsächlich „mehr Freiheiten für mehr Menschen“ in diesen Herrschaftsverhältnissen erkämpft werden, auch wenn wir uns derzeit in einer deutlich reaktionären Phase befinden. Dies sollte aber nicht zur Annahme führen, dass innerhalb der

bestehenden Unordnung soziale Freiheit im umfassenden Sinne verwirklicht werden könnte. Dafür braucht es ganz andere gesellschaftliche Verhältnisse. Wie jene aber erreicht werden können, ist eine weitere offene Frage. Für Anarchist_innen war immer klar, dass Freiheit nur durch Freiheit verwirklicht und nicht oktroyiert werden kann. Soziale Freiheit stellt einen fortwährenden und nicht abschließbaren Prozess dar, der nicht funktioniert, wenn er aufgezwungen wird, sondern nur, wenn Menschen ihn aus freien Stücken mitvollziehen wollen. Wie die Einrichtung der sozialen Freiheit aber gelingen soll, wenn sich Herrschaftsinteressen und die Menschen, die sie vertreten, von ihnen profitieren oder an sie glauben, gegen diese stellen, muss an einer anderen Stelle weitergedacht werden...

sätzliches ändern können. Nichtsdestotrotz geschieht es alltäglich und an vielen Orten, dass Leute sich gegenseitig bei allen möglichen Sachen unterstützen. Das tun sie sogar, wenn sie gar nicht miteinander befreundet, verwandt oder an den selben Orten, sondern über gemeinsame Vorstellungen von der Welt und vom Leben miteinander verbunden sind. Wenn sie merken, dass die Probleme und Kämpfe von anderen Gruppen auch mit ihrer eigenen Situation zu tun haben - auch wenn es teilweise andere sind - kann von einem Gefühl oder einer Haltung der Solidarität gesprochen werden. Solidarität zeigt sich weniger daran, Menschen zu unterstützen, die im eigenen direkten Umfeld sind und bei denen mensch darauf spekulieren kann, in einer anderen Situation ebenfalls Hilfe zu erhalten, sondern umso mehr, wenn sie entfernten und von uns getrennten Personen gilt. Sie bedeutet nicht, anderen in Formen von Wohltätigkeit zu helfen und damit die Ungleichheiten aufrecht zu erhalten und zu verfestigen, sondern die Ungleichheiten und Trennungen gerade zu überbrücken und einzureißen.

Freiheit ist nach anarchistischen Verständnissen unmittelbar mit dem Streben nach Gleichheit im Sinne gleicher Voraussetzungen und Bedingungen und der Erfahrung der Solidarität verknüpft. Um das deutlich zu machen, wird deswegen von „sozialer Freiheit“ gesprochen und als Gegenbegriff zu allen Formen von Herrschaft gesetzt. Niemand kann demnach als Einzelne_r für sich oder andere Freiheit verwirklichen. Als soziales Verhältnis kann diese immer nur

gemeinsam erkämpft werden - und zwar in den jeweiligen Situationen und unter Bedingungen, Möglichkeiten, mit den Erfahrungen und weiteren Umständen mit denen Menschen umgehen müssen. Dies bedeutet dann aber auch, die Gesellschaft grundsätzlich verändern zu wollen. Spezifisch anarchistische Herangehensweisen bestehen darin, mit der Gesellschaftsveränderung unmittelbar anzufangen. Das scheint möglich, weil die Grade und die Arten von Freiheit oder Herrschaft an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten variieren und, somit angenommen wird, dass es konkrete Unterschiede gibt und Veränderungen erzielt werden können. Freiheit besteht nicht in irgendwelchen Gesetespapieren oder abstrakten Gedanken, sondern wird konkret im Zusammenleben gesehen und begriffen. Auf dieser Grundlage kann je nach Situationen und Bedingungen gemeinsam darüber befunden werden, für welche konkreten Veränderungen es sich zu kämpfen lohnt. Erich Mühsam bringt diese Gedanken gut auf den Punkt, wenn er schreibt: „Freiheit ist der Inbegriff allen anarchistischen Denkens und Wollens. [...] Freiheit ist indes nichts, was gewährt werden kann. Freiheit wird genommen und gelebt. Auch ist Freiheit keine Summe von Freiheiten, sondern die alle Lebensumstände umfassende Einheit der von jeder Obrigkeit und jeder Autorität gelösten Ordnung der Dinge. Es gibt keine Freiheit der Gesellschaft, wenn die Menschen in Unfreiheit leben. Es gibt keine Freiheit der Menschen, wenn die Gesellschaft unfrei, zentralistisch, staatlich, machtmäßig organisiert ist. Die Freiheit der Anarchie ist die freie Verbündung freier Menschen

Fast die ganze Saalfelder Stadtgemeinschaft stellte sich gegen die geplante Demo. NPD/JN meldeten eine Gegendemo an, Stadtrat und Stadtverwaltung veröffentlichten einen offenen Brief, die Presse hetzte gegen die „Chaostage von Saalfeld“ und das Landratsamt und in zweiter Instanz das Verwaltungsgericht in Gera verboten die Demo kurzerhand. Das Verbot wurde vom thüringischen SPD-Innenminister Richard Dewes befürwortet. Den Rest erledigten die 7000 herangekarrten Bullen. Am großen Tag errichteten sie Straßensperren, die teils von Bundesgrenzschützern mit Maschinenpistolen im Anschlag bewacht wurden. Ein Sonderkommando stürmte in Saalfeld ein Szenehaus und nahm 14 Leute fest. Bullen nahmen Gewerkschafter_innen fest, die in Saalfeld Flyer verteilten, sowie jeweils 50 und 60 Jugendliche am Saalfelder bzw. Geraer Bahnhof. Ganz interessant: Am selben Tag wurde in Heilsberg bei Rudolstadt ein Nazi-Waffenlager ausgehoben und 68 Faschos wurden verhaftet.

Trotz alledem gab es von Antifa-Seiten einigen Widerstand und Aktionen. In Halle wurde am Vorabend ein Nazi-Treff angegriffen und in mehreren Städten kam es am besagtem Tag zu Demos gegen Faschos und Staat: 300 Leute in Erfurt, 100 in Jena, 70 in Dessau, 500 in Leipzig. Bei Eisenberg kam es zu einer dreieinhalbstündigen Autobahnblockade. Denn als die Antifa-Busse aus Berlin, Görlitz, Nürnberg und Oldenburg mitbekamen, dass die Bullen die Ausfahrt gesperrt hatten, wurde entschieden, die A9 in beide Richtungen dicht zu machen. Nach der Aktion wurde die 400 Leute für bis zu zwei

Tage im ehemaligen DDR-Strafärbeitslager in Unterwellenborn interniert, wo sie schikaniert, sexuell bedrängt und teils mit Nazis zusammengespart wurden. Um die 1500 Leute wurden also an dem Tag an verschiedenen Orten aktiv.

Die Saalfeld-Demo 1998

Am 14. März sollte nun der zweite Anlauf stattfinden. Das Bündnis stand, zusätzlich gab es einen gemeinsamen Aufruf der Saalfelder Antifa und der zwei wichtigsten Ost-Antifa-Gruppen, der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) und des Leipziger Bündnis gegen Rechts (BgR). Die Demo wurde zwar nicht verboten, obwohl 2500 Saalfelder Bürger_innen einen Aufruf der Stadtratsfraktionen der CDU, SPD und FDP zum Verbot unterschrieben hatten. Die Demo wurde aber mit krassen Auflagen belegt: Sie durfte nicht durch die Innenstadt ziehen, sollte sich in maximal 50m lange Blocks aufteilen, keine Seitentranspise etc. Quasi alle Demonstrant_innen wurden in Vorkontrollen gefilzt, schikaniert und abgefilmt. Und dieses Mal gab es wirklich eine Nazi-Demo mit 150 Faschos unter dem Motto „DGB - Arbeiterrat. Arbeitsplätze statt Chaoten-Demos“.

Den Höhepunkt des Bullenterrors stellte der Angriff auf die zwölf Busse aus Berlin, Halle, Leipzig, Brandenburg, Potsdam und anderen Städten auf der B88 10 km vor Saalfeld dar. Neben der Straße landete ein Helikopter des Bundesgrenzschutzes, ein Einsatzfahrzeug stoppte den Buskonvoi. Als die 700 Leute eine Spontidemo machen wollten, wurden sie mit Tränengas beschossen und von den Bullen angegriffen. 200 Leute wurden verhaftet



Fronttransparent der Saalfeld-Demo 1998: "Gegen jeden rechten Konsens. Antifaschismus lässt sich nicht verbieten. Stoppt rassistische und faschistische Übergriffe"

und wieder ins DDR-Arbeitslager nach Unterwellenborn gebracht. Der Rest in die Busse geprügelt und über Stunden dort festgehalten. Landtags- und Bundestagsabgeordnete bekamen Platzverweise.

Trotz alledem fand dann eine Demo mit 5000 Gewerkschafter_innen und Antifas statt. Sie lief im Wanderkessel und wurde dauerhaft abgefilmt. In Gorndorf kam es zu einer Szene, als mehrere Faschos aus und vor der Platte die Demo abfotografierten und provozierten. Als aus der Demo Flaschen flogen, wurde sie von den Bullen angegriffen, Leute verprügelt und rausgezogen.

Ein paar Gedanken im Nachhinein

Fast zwanzig Jahre nach den Saal-

feld-Demos stellen sich einige Fragen. Die staatliche Repression gegen die Antifa-Kampagne in Saalfeld kam nicht ganz unvermittelt. Erst ein Jahr zuvor war die Polizei ziemlich rabiat gegen den Rudolf-Heß-Aktionstag der Nazis vom 17. August 1996 in Worms (Westdeutschland) vorgegangen. Dutzende Nazis wurden bei der Anreise verhaftet, die Demo wurde – im Gegensatz zu den folgenden Jahren – nach einer Stunde gekesselt und aufgelöst. Das sollte den Linken zu denken geben, die den Nazis heute beim Ballstädt-Prozess möglichst lange Haftstrafen wünschen, für ein Verbot von Nazi-Demos in Jena eintreten oder es unterstützen, wenn die Bullen mal was gegen rechts machen. Da „links“ und „rechts“ im Rahmen der staatlichen Anti-Extremismus-The-

lich alles, darum im Grunde genommen aber nichts. Da es sich um einen politischen Begriff handelt, ist dieser umkämpft und hat keinen Gehalt aus sich selbst heraus. Menschen denken in Begriffen, was zur Folge hat, dass ein Teil von Politik darin besteht, auf ihre Bildung und Interpretation Einfluss zu nehmen. Irgendwelche Definitionen und Verständnisse sind aber nur Oberflächenerscheinungen der konkreten Lebenssituationen und Verhältnisse, in denen Menschen leben. Starke Worte sind erstmal stark, verpuffen aber meistens, wenn sie sich als hohle Phrasen entpuppen, das heißt, wenn sie nicht an bestimmten Orten und durch bestimmbare Gruppen von Menschen tatsächlich auch gelebt werden.

Selbst wer keine Ahnung vom Anarchismus als Bewegung hat, wird ihn mit dem Streben nach „Freiheit“ assoziieren. Und zwar oftmals auf jene Weise, dass Anarchist_innen sich Freiheiten anmaßen würden, die dann jene von anderen Menschen einschränken würden, was somit zu verbieten wäre. Der erste Teil dieser Aussage ist auch tatsächlich richtig, denn Anarchist_innen geben sich nicht mit der gewährten Freiheit zufrieden, sondern wollen davon immer mehr haben. Allerdings wollen sie gleichzeitig eine andere Freiheit haben, als jene, die staatlich verordnet, mit Waffen „verteidigt“, durch Lohnarbeit erarbeitet oder durch Konsum erfahren werden kann. Entscheidend ist für sie, dass die eigene Freiheit eben nicht jene anderer Menschen einschränkt, sondern umgekehrt nur mit ihnen gemeinsam verwirklicht werden kann. Michael Bakunin, ein bedeutender anarchistischer Denker

und Aktivist, schrieb deswegen: „Nur dann bin ich wahrhaft frei, wenn allen Menschen, die mich umgeben, Männer und Frauen, ebenso frei sind wie ich. Die Freiheit der anderen, weit entfernt davon, eine Beschränkung oder die Verneinung meiner Freiheit zu sein, ist im Gegenteil ihre notwendige Voraussetzung und Bejahung.“ Freiheit ist im anarchistischen Sinne also nichts, was einzelne Menschen jeweils für sich besitzen und absichern können. Stattdessen stellt sie eine soziale Beziehung zwischen ganz unterschiedlichen, aber dennoch gleichberechtigten Menschen dar, die zusammen kommen, um ihre Angelegenheiten gemeinsam zu regeln und ihre Lebensbedingungen kollektiv zu gestalten. Weil einzelne Personen individuell nicht mehr oder weniger Freiheit haben können, wenn andere unfrei sind, ist sie mit dem Gedanken der Gleichheit aller Menschen verknüpft. Diese Gleichheit ist aber nicht die staatlich verordnete Gleichmacherei, wie in den sozialistischen Staaten, sondern geht selbstverständlich davon aus, dass Menschen sehr verschieden sind und auch sein dürfen. Allerdings kämpfen unter anderem Anarchist_innen dafür, dass die Bedingungen zu Lebensgestaltung, der Zugang zu Ressourcen und die Verfügung über sie, für alle Menschen gleich sein sollen, gerade damit sie sich als jeweils besondere Einzelne voll entfalten können.

Von dieser Zielvorstellung ist die heutige Gesellschaft noch sehr weit entfernt. Menschen befinden sich in denkbar ungleichen Lagen, haben ungleiche Ausgangsbedingungen, Fähigkeiten und Möglichkeiten, an denen sie vereinzelt nichts Grund-

Zum Begriff der Freiheit

von Jens

Kaum ein anderer Begriff ist wie jener der Freiheit mit derart unterschiedlichen Vorstellungen aufgeladen. Zusammen mit „Gerechtigkeit“ und „Frieden“ findet er in jeder Weltanschauung und Ideologie Verwendung. So leben wir unter der Herrschaft einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, die bis 1990 Teil der sogenannten „freien Welt“, demokratisch-kapitalistischer Staaten in Abgrenzung zum Ostblock war. Der Begriff ist somit fester Bestandteil der mehr oder weniger demokratischen Gesellschaftsformen, die nach der bürgerlichen Französischen Revolution entstanden sind. Demnach ist er verknüpft mit der Vorstellung, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich zu behandeln seien und als Individuen persönliche Rechte und Pflichten hätten, die ihnen staatlich garantiert werden müssten. In den sogenannten westlichen Ländern bildet der Freiheitsbegriff einen wesentlichen ideologischen Grundpfeiler, der kein Stück angekratzt werden darf. Um das zu gewährleisten müssen Menschengruppen in ihrer Freiheit beschnitten werden, weil sie sonst die Freiheit anderer gefährden würden. Im Namen der Freiheit wurden und werden Kriege geführt, um die globale wirtschaftliche und politische Vormachtstellung hoch industrialisierter Länder gegen andere durchzusetzen und aufrecht zu erhalten. Mit der Freiheit als Slogan formierten sich immer wieder „nationale Befreiungsbewegungen“, die auf ganz unterschiedliche Weise versuchten, gegen die Herrschaft „fremder“ Mächte anzukämpfen, um souveräne Staaten gründen zu

können. In Staaten, welche sich zunehmend autoritär entwickeln, wie in der Türkei, stellt die Einschränkung der Presse-, Meinungs- und Bewegungsfreiheit von Menschen einen entscheidenden Indikator für die Abschaffung demokratischer Herrschaftselemente dar. Im Grunde genommen wollen das auch die Rechtspopulist_innen der europäischen Länder, welche sich die Freiheit groß auf ihre Fahnen schreiben. Und selbstverständlich können wir kaum anders, als bei Freiheit immer daran zu denken, dass sie durch unsere Konsummöglichkeiten zum Ausdruck kommen würde. Der verdiente Urlaub, die Freiheit zu telefonieren und im Internet zu surfen, das Gefühl, das uns mit einem schnellen Auto, einem neuen Deo-spray, oder einem leichten Kleidungsstück versprochen wird – dies und vieles andere wird in der Werbung mit dem Wort „Freiheit“ versehen, welche uns das jeweilige Produkt ermöglichen würde. Darin spiegelt sich die liberale Vorstellung von Freiheit wider, welche sich im Privaten verwirklichen lassen würde. Leute knechten sich auf der Arbeit, um dann ihre „Freizeit“ zu genießen, unterwerfen sich dem Staat wo es „sein muss“, um sonst Ruhe vor ihm zu haben und dürfen gerne ihre eigenen sexuellen Orientierungen oder politischen Ansichten haben, solange sie damit nicht andere belästigen. Das Leben wird hierbei in getrennte Bereiche zerlegt, sodass mensch froh sein kann, dass eine_r noch ein bisschen Freiheit bleibt.

Insofern bezeichnet Freiheit eigent-

lie im Grunde dasselbe sind, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich die Gewalt und Repression, die Einige den Faschos an den Hals wünschen, auch gegen unsere Bewegung richtet.

Seit den Saalfeld-Demos hat sich einiges getan. Die ehemaligen Bündnispartner_innen und Mitantifaschist_innen der linken Parteien und Gewerkschaftsbürokratien sind mittlerweile an der Regierung. Sie haben sich zum einen ihre warmen Pöstchen, Diäten und Renten gesichert, zum anderen sind sie nun die Verwalter_innen des Staats und Mittäter_innen in den staatlichen Verbrechen geworden. Linkspartei-Konsorten wie Bodo Ramelow, Stefan Dittes, Sabine Berninger und Frank Spieth, die sich anno dazumal für die Antifa stark gemacht haben, stehen heute auf der anderen Seite. Denken wir nur an Ramelows Ausfall gegen die Bornhagen-Demo gegen Höcke und die

AfD, sinngemäßes Zitat: Die Antifas benutzten doch NSDAP-Methoden. Das zeigt uns, dass die Großbündnisse vielleicht für einen Tag im Jahr eine größere Menge an Leuten auf die Straße bringen, langfristig gesehen aber bedenkliche Nachwirkungen haben können. Denn über die Großbündnisse wird den linken Partei-Leuten die Möglichkeit gegeben, sich in den sozialen Bewegungen zu etablieren, sich darüber Legitimität zu verschaffen, dort staatslinke Propaganda zu machen und motiviertes Personal für ihre Apparate oder die Staatsantifa zu rekrutieren. Gerade die letzten beiden Punkte – die Präsenz parlamentaristischer und etatistischer (=pro-staatlicher) Positionen innerhalb der Szene und der Verlust von Mitkämpfer_innen aus der Bewegung – haben sich in den letzten zwei Jahren linker Staatsverwaltung in Thüringen als ernstes Problem erwiesen.

Zum Nachlesen

Beiträge der Leipziger Antifa-Szene Herbst 1997

<https://www.conne-island.de/nf/38/11.html>

Jungle-World-Artikel zur verbotenen Demo 1997

<http://jungle-world.com/artikel/1997/42/38369.html>

Debattenbeitrag eines sächsischen autonomen Antifas vom Oktober 1997

<http://jungle-world.com/artikel/1997/43/38287.html>

Debattenbeitrag des Gewerkschafters Angelo Lucifero vom Oktober 1997

<http://jungle-world.com/artikel/1997/44/38232.html>

„Saalfeld – Demokratie im Würgegriff“ – Broschüre der PDS zum Tag der verbotenen Demo

<http://www.die-linke-thl.de/fileadmin/lv/nazi-terror/anfragen/Brosch%C3%BCre%20Saalfeld.pdf>

Jungle-World-Artikel zur Verbotsfrage November 1997

<http://jungle-world.com/artikel/1997/47/37933.html>

Aufruf von BgR, AAB und Antifa Saalfeld für die Demo 1998

<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/aufrufe/saalfeld.htm>

Junge-Welt-Artikel zur Demo 1998

<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/kampagne/saalfeld/junge2.htm>

Rückblick von 2012 vom Infoladen Sabotnik

<http://sabotnik.blogspot.de/2012/03/09/saalfeld-damals/>

Bewegungs-Nachrichten

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

30. September bis 2. Oktober Antifa-Action während Burschenschafter-Kongress

Die Bullen berichten von „Gewaltakte[n] gegen Burschenschafter in Jena“, konkret von „fünf Straftaten“ während des Gründungskongresses des neuen Burschenschafter-Dachverbands „Allgemeine Deutsche Burschenschaft“. Dabei übertreiben sie wahrscheinlich ein bisschen: „Mehrere Burschenschafter aus Karlsruhe seien indes nur knapp einem vorbereiteten Hinterhalt entgangen. Vor einem Verbindungshaus in Jena habe eine Gruppe von rund zehn mutmaßlichen Linksextremisten gewartet. Diese seien mit Baseballschlägern bewaffnet gewesen. Die Polizei eskortierte die jungen Studenten mit zwei Streifenwagen dann Richtung Nachtquartier.“ (OTZ)

Ende September/Anfang Oktober Hungerstreik von GG/BO-ler Ramis A. in der JVA Untermaßfeld

Die GG/BO-Soligruppe Jena berichtete vom zwölf-tägigen Hungerstreik von Ramis A. gegen einen rassistischen Übergriff von Seiten der Wärter. Während des Hungerstreiks wurde er in die JVA Tonna zwangsverlegt (siehe Seite 28).

15.10. Aktionsorientierter Recht-auf-Stadt-Rundgang

Unter dem Motto „Wem gehört die Stadt. Kritischer Stadtspaziergang“ zogen einige Leute durch die Stadt, verklebten Plakate und hinterließen (Kreide-Spray)-Graffiti, die teils bis heute noch zu lesen sind.

17.-18.10. Hausbesetzung in der Carl-Zeiss-Straße 10

Die mittlerweile dritte Wolja-Hausbesetzung in den letzten zweieinhalb Jahren mit dem Ziel, ein Autonomes Zentrum in Jena zu erkämpfen. Mittag ging es los. Es gab eine angemeldete Kundgebung mit bis zu 120 Leuten davor und Verhandlungen mit der Eigentümerin, der Ernst-Abbe-Stiftung. Ihre Ansage war: Entweder ihr verlasst das Haus und dann verhandeln wir oder es wird geräumt. Das Plenum entschied sich letztlich dagegen, auf das (faule) Angebot einzugehen und das Haus zu verlassen und so wurde am nächsten Morgen die Kundgebung auf den Campus zwangsverlegt und der letzte Haufen Leute vorm Eingang der Carl-Zeiss-Straße 10 von den Bullen weggeschupst. Die Bullen waren sich dann nicht zu fein, die entspannte Runde von Leuten auf dem Campus zu schikanieren und abzufilmen, da die Kundgebung nicht ordnungsgemäß aufgelöst worden sei.

21. Oktober GG/BO-Soli-Kundgebung mit dem Knaststreik in den USA

Bis zu 20 Leute beteiligten sich an der Soli-Kundgebung der Gefangenengewerkschaft für den Gefangenestreik in den USA vor McDonalds, einem der Großunternehmen, das von der Ausbeutung der Zwangs- oder moder-

Kommende Termine

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

Noch bis 9. Dezember: Feministische Veranstaltungsreihe.

Organisiert vom Gleichstellungsreferat des Studierendenrats der Uni Jena. Siehe wastun.co.vu.

6.12.2016 Gedenkkundgebung für Alexandros Grigoropoulos in Weimar

In Gedenken an Alexis, der am 6. Dezember 2008 in Athen von Bullen erschossen wurde, und alle anderen, die von Bullen ermordet wurden und werden. Mehr Infos unter akweimar.blogspot.de.

6.12.2016 Veranstaltung zu Aussageverweigerung

Mit Rechtsanwalt Axel Hoffmann aus Kiel ab 19 Uhr im Kunsthof (Ballhausgasse 3, Jena). Organisiert von der JAPS.

7.12.2016 Kino-Abend im Infoladen

Ab 20 Uhr läuft der Film L'Chaim – Auf das Leben! Die Seite des Infoladens: infoladenjena.blogspot.de.

9.12.2016 Info- & Diskussionsveranstaltung mit Refugee-Aktivist*innen aus München

Ab 18 Uhr im Haus auf der Mauer (Johannisplatz 26) Gespräch mit der Gruppe "Refugee Struggle for Freedom". Organisiert von Break Deportation Jena. Mehr Infos: breakdeportation.blogspot.de.

17.12.2016 Antifa-Demo der AGV in Plauen

Die Antifaschistischen Gruppen des Vogtlands organisieren eine eigene (also nicht: Gegen-)Demo in Plauen. Das Motto: „Den III. Weg zerschlagen – den Nazis die Homezone streitig machen!“. Startpunkt der Demo: 14:30 am Oberen Bahnhof. Mehr Infos unter antifavogtland.blogspot.eu.

31.12.2016 Silvester-Knast-Kundgebung in Tonna

Organisiert von der GG/BO-Soligruppe Jena. Abfahrt aus Jena gegen 21 Uhr, Kundgebung in Tonna am Knast zwischen 23 und 1 Uhr. Wer mitfahren will, meldet sich unter ggbo-soli-jena@riseup.net. Mehr Infos unter gefangenenensolijena.noblogs.org.

7.1.2017 Oury-Jalloh-Gedenkdemo in Jena

In Gedenken an Oury Jalloh, der 2005 von den Bullen in Dessau in der Polizeizelle Nr. 5 bei lebendigem Leibe verbrannt wurde.

27.-29.1.2017 Antirassistisches Wochenende in Jena

Organisiert vom Break Deportation Netzwerk. Am 28. Januar wird es eine Podiumsdiskussion und anschließend Konzert+Party im Wagner geben. Mehr Infos werden zeitnah unter breakdeportation.blogspot.de hochgeladen.

Personalienabgabe: Wenn ihr die Konsequenz einer gewaltsam durchgeführten Durchsuchung einzugehen bereit wärt, dann könnt ihr mit einer Totalverweigerung des schwereren Eingriffs einer körperlichen Durchsuchung darauf spekulieren, dass die Bullen es angesichts einer eventuell drohenden Rechtfertigungspflicht vor einem Verwaltungsgericht («Ist der Cannabiskonsum an der Leutra tatsächlich so häufig und schwerwiegend, dass willkürliche und mit Zwang durchgeführte Durchsuchungen zur «Gefahrenabwehr» verhältnismäßig sind?») lieber sein lassen. Das ist keine verlässliche Taktik, aber einer von vielen denkbaren Vorschlägen, den Bullen das Durchsetzen ihrer relativen Übermacht weniger schmackhaft zu machen und selber Handlungsspielraum auszutesten.

Solche Hinweise orientieren sich an dem müßigen Spiel, dass ihr den Bullen vermittelt, zu einer späteren rechtlichen Überprüfung der Maßnahme bereit zu sein und dafür bereits vor Ort Voraussetzungen schafft. Die Hinweise sind weder abschließend noch zuverlässig, was eine spätere gerichtliche Bewertung von Rechtmäßigkeit angeht. Sie können in erster Linie eurem eigenen Handeln Struktur geben und ein Stück Ohnmacht verringern. In zweiter Linie können sie den Bullen vermitteln, dass ihr Handeln in diesem einen von 99 anders gelagerten Fällen doch Konsequenzen haben könnte. Weiterhin sind eure Notizen und damit festgehaltenen Erfahrungen in der Kontrolle auch hilfreich für andere, die sich Kontrollen ausgesetzt sehen und vorbereiten wollen. Eure Verwei-

gerung von Personalienangaben oder zumindest Durchsuchungen bzw. generell euer Widerspruch gegen Bullenmaßnahmen kommt euch vielleicht in dem Moment, in dem ihr nichts zu verlieren meint (kein Gras, Spraydosen und Schablonen, ... dabei, gültige Aufenthaltspapiere ...), sinnlos und zeitverschwenderisch vor. Für all die, die täglich etwas zu verlieren haben, bedeutet eine Gewohnheit der Bullen, problemlos überall kontrollieren und filzen zu können, jedoch eine immense Gefahr. Jede mit Stress verbundene Kontrolle, jede verweigerte Mitwirkung oder optimistisch gedacht jeder kollektive Widerstand gegen die polizeiliche Durchsetzung der täglichen Gewalt gegen z.B. Kifferinnen oder Illegalisierte ist ein kleiner Gewinn an Autonomie im Alltag und ein erster Schritt zum Abbau von tatsächlichen «Gefahren».

nen Sklavenarbeit der US-amerikanischen inhaftierten Arbeiter innen profitiert. Es wurden 250 Flugblätter verteilt und sind zwei Soli-Bilder entstanden, die den Kämpfenden in den USA zugeschickt wurden und auf gefangenensolijena.noblogs.org nachzuschauen sind.

Solikundgebung der GG/BO-Soligruppe Jena für den Knast-Streik in den USA



Anfang November Beginn von zwei Arbeitskonflikten der FAU gegen die Uni

Seit dem 2. November kämpfen die FAU Erfurt/Jena und ein Kollege vom Unkraut-Jäten für Beschäftigung nach Tariflohn und mit Tarifvertrag statt der bisher üblichen Anstellung als Studentische Hilfskräfte auf dem Versuchsfeld des Jena Experiments. Das würde für die dort arbeitenden Studierenden u.a. einen höheren Lohn und mehr Sicherheit bedeuten. Der Präsident der Uni Jena reagierte auf die Lohnforderung nicht. Am 17. November scheiterte dann die Güteverhandlung vorm Arbeitsgericht, es gab keine Einigung mit der Uni. Der Prozess findet nun am 17. Mai vor der Kammer des Arbeitsgerichts in Gera statt.

Im selben Zeitraum wurden die Lohnforderungen von drei Studentischen Hilfskräften, die im Methodenlabor der Soziologie gearbeitet hatten, dem Präsidenten der Uni und auf der Institutskonferenz der Soziologie bekannt gemacht. Sie hatten unbezahlt massig Überstunden leisten müssen und auch keinen Urlaub bekommen. Der ausstehende Lohn wurde bisher nicht überwiesen, Arbeitskampf-Aktionen stehen an.

Mehr Infos zu beiden Konflikten siehe 32.

2. November Prozess von Miloud (The Voice Jena) in Dresden wegen racial profiling

In Dresden fand der Prozess von Miloud L. von The VOICE Refugee Forum gegen einen Bullen statt, der ihn einer rassistischen Polizeikontrolle unterzogen hatte. Der Prozess wurde vertagt.

4./5. November Antifa/Antira-Ratschlag in Ilmenau

Die ganze Antifa-Einheitsfront traf sich in Ilmenau zum Ratschlag. Aus Jena mit dabei: Pekari, Jugend gegen Rechts, Bündnis feministische Kämpfe, der Leiter der Amadeu-Antonio-Stiftung Matthias Quent, das Break Deportation Netzwerk, die Falken Jena und die Jusos. Sonst auf der Unterstützer_innenliste: alle linken Parteien, ihre Jugendorganisationen, die bürokratischen Gewerkschaften und Staatsantifa-Vereine. Neben vielen inhaltlichen Diskussionen fand auf Einladung des Infoladens Sabotniks und von Pekari auch ein thüringenweites linksradikales Vernetzungstreffen statt. Auswertungstexte sind unseren Wissens nach bisher nicht erschienen.

6. November Faxkampagne für Familie Haliti/Ristic aus Erfurt

Seit dem 6. November hat das Break Deportation Netzwerk dazu aufgerufen, die Familie Haliti/Ristic – Mitkämpfer_innen von Roma Thüringen aus Erfurt – durch eine Faxkampagne an die Erfurter Ausländerbehörde zu unterstützen. Ziel: Durchsetzung des Antrags auf humanitären Aufenthalt von Shani Haliti. Mehr Infos unter breakdeportation.blogspot.de.

6.-10. November Hungerstreik des GG/BO-lers David Hahn in der JVA Untermaßfeld

Sprecher der Gefangenengewerkschaft David Hahn führte einen fünftägigen Hungerstreik gegen Zensur und Union-Busting durch (siehe S. 31).

9. November Antifa-Aktionen gegen Thügida in Jena

Der 9. November, Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938 – und Köckerts Thügida-Nazis marschieren durch Jena. Das Damenviertel wurde von staatlicher Seite wieder einmal unter einen Ausnahmezustand gestellt und abgeriegelt. Die Bullen haben alle Mittel aufgeboten (Räumpanzer,



Soli-Aktion vom 10. November. Auf dem rechten Transpi steht: "9. Nov. Widerstand gegen Faschos, Bullen, Staat und ihre linke Regierung. Solidarität mit Roma Thüringen!"

Migrationsregimes bräuchte es im Zweifelsfall auch nicht einmal Bullen, da die Zahl der in die Breische springenden Wahndeutschen so konstant zunimmt wie deren Bewaffnung. Heißt, dass sich der völlig verquere Gefahrenbegriff auch abseits der Bullen im Bewusstsein und in der Handlungsbereitschaft der Mehrheitsbevölkerung widerspiegelt. Daher greift eine auf die Bullen reduzierte Kritik an Staatlichkeit und Bevölkerungskontrolle, wenngleich der Wunsch nach einer klaren, eingrenzenden Verortung nachvollziehbar ist, zu kurz.

Wer sich selber in einer «verdachtsunabhängigen» Polizeikontrolle wiederfindet, kann verschiedene Handlungsstrategien erwägen. Alle Strategien jenseits des rechtlichen Rahmens kann mensch wohl im Verhältnis zur eigenen Wehrhaftigkeit, körperlichen Fitness, Mut, Wut, Ortskenntnis etc. entwickeln. Was auch immer die eklige Kontrollsituation beenden kann, ist legitim und bei einer Verstetigung oder Einübung auch langfristig ein Gewinn an Autonomie gegenüber dem nervigen «Das dürft ihr doch gar nicht» Rumdiskutiere mit Bullen, die dir üblicherweise als erstes vermitteln: »Wir schießen eh aufs Gesetz.«. Wer sich die Strategie des Erstschlags, des Flitzens oder Straßentheaters nicht zutraut oder aufgrund rechtlicher oder emotionaler Verletzlichkeit, ein Fehlgehen für riskanter hält als eine durchzustehende Kontrolle, kann sein ihr Handeln zur Reduktion der Ohnmacht an folgenden Eckpunkten orientieren, Stift und Papier immer mitführend:

- spricht Vorbeigehende an, als Zeug_innen bis zum Abrücken der

Bullen dazubleiben

- fragt nach dem konkreten Grund für die Kontrolle; 1. rechtlich, 2. Merkmale fürs Anhalten eurer Person

- fragt nach allen Namen oder Dienst-/Personalnummern der anwesenden Bullen

- fragt nach der Dienststelle/Polizeiinspektion und/oder Zug der Bereitschaftspolizei

- notiert euch die Autokennzeichen der Bullen, Uhrzeit und Ort der Kontrolle

- bei Grund «Gefahrengebiet»: Fragt nach dem genauen örtlichen Rahmen, der hier bekannten Art der Kriminalität (Einbrüche/Diebstähle/Drogen...)

- verweigert jegliche Durchsuchung z.B. mit der Ansage: «Ihr dürft mich nicht durchsuchen. Ich stecke meine Hände in die Taschen und lehne mich mit dem Rucksack an die Wand. Wenn ihr mich durchsuchen wollt, dann müsst ihr das gewaltsam machen und die damit einhergehenden Rechtsverletzungen im Zweifelsfall später verantworten. Überlegts euch.» Eigentlich bietet das Gesetz eine Rechtsgrundlage, um Personen innerhalb von Gefahrengebieten auch anlasslos zu durchsuchen (§ 23 Abs. 1 Nr. 4 PAG). Hierbei auch ein herzlicher Gruß an die rot-rot-grüne Landesregierung, die abseits ihrer BürgerInnenrechts-Ideologie ein solches Polizeistaatsgesetz, das die Grundlage für völlig willkürliche und uneingeschränkte Schikane- und Durchsuchungsmaßnahmen bietet, offenbar auch ziemlich gut findet. Jedoch müssen Bullenmaßnahmen als faktische Grundrechtseingriffe immer verhältnismäßig sein. Vorausgesetzt, ihr entscheidet euch nicht schon zur Totalverweigerung auch der

ner «Frau» fand im Juli 2016 in einer Wohnung in Lobeda-Ost statt, wo dem bisherigen Wissensstand nach ein ehemaliger Bulle seine frühere Freundin im Streit mit einer Hantel erschlug. Nachbar_innen hörten den Streit, warteten aber die gerufenen Bullen ab, die nur noch die Tote vorfanden. Dass «Gefahren» vorwiegend auf öffentlichen Plätzen, speziell in belebten Gegenden zu bekämpfen seien, ist Teil eines impliziten Herrschaftsdiskurses. Dieser vollbringt es einerseits, dass Menschen gegenüber «Fremden» nur im Negativen Verantwortung empfinden, sie nämlich als ständige «Gefahr» wahrnehmen. Im Positiven hingegen, in gegenseitiger

Hilfe, Solidarität, sehen sich die wenigsten gegenüber Unbekannten. Weiterhin institutionalisiert ein Polizeigesetz einen Begriff von «schützenswert», der anstelle der Menschen primär jene vorgenannten Herrschaftsinteressen von Kapital, Staatsgewalt und Patriarchat in den Mittelpunkt stellt.

Unterstützung aus der Bevölkerung kann mensch sich im Falle einer Kontrollsituation trotz der relativ geringen Schutzfunktion schwer erhoffen. Das Vorschussvertrauen, das die uniformierten Schläger_innen und Mörder genießen, kommt einer religiösen Irrationalität gleich. Und zur Aufrechterhaltung z.B. des



Wer ist hier gefährlich? - Räumung der Hausbesetzung der Carl-Zeiss-Straße 2 am 2. Juli 2014.

Wasserwerfer, Helikopter, Hundestaffeln, Hamburger Gitter). Ca. 80 Neonazis liefen durch das von den Bullen abgesperrte Gebiet, 1500 Gegen-demonstrant_innen sammelten sich im Umfeld. Ein Durchbruchversuch wurde ziemlich rabiat unterbunden. Dabei gingen die Bullen mit Pfefferspray, Schlägen und Polizeihunden gegen die Leute vor. Einige wurden in Gewahrsam genommen. An der selben Stelle gab es eine Pyro-Action vom Dach. Später zog eine autonom-antifaschistische Demo gegen Antisemitismus vom Westbahnhof in die Innenstadt.

9./10. November Abschiebung aus Erfurt, Soli-Aktionen in Erfurt und Jena

Am frühen Morgen des 9. November wird eine fünfköpfige Roma-Familie aus Erfurt nach Makedonien abgeschoben. Sie hatten mit Roma Thüringen gegen die Abschiebungen gekämpft. Am darauffolgenden Tag fand noch eine kleine Demo in Erfurt statt. In Jena gab es eine Soli-Aktion. Bild und Bericht findet ihr hier linksunten.indymedia.org/de/node/196492.

12. November Nazi-Demo von Fischer in Winzerla

Michel Fischer von Die RECHTE hat mit ca. 10 weiteren Faschos eine Kundgebung in Winzerla durchgeführt. Ralph Lenkert, der für die Linkspartei im Bundestag sitzt, meldete eine Gegenkundgebung an. Um die 100 bis 150 Leute protestierten gegen die Nazis.

13. und 17. November Aktionen gegen den Volkstrauertag in Erfurt und Friedrichroda

Am 13. November gab es in Erfurt eine Nachttanzdemo mit 80 Leuten gegen das gesetzliche Tanzverbot in der Nacht vor dem Volkstrauertag, an dem den deutschen Opfern beider (!) Weltkriege gedacht wird. Am 17. November protestierten 30 Antifaschist_innen gegen das jährliche „Heldengedenken“ der Neonazis im westthüringischen Friedrichroda.

26. November Stadtteil-Brunch in der Erfurter Straße

In der Wohnung eines Anwohners, der bis Ende November aus dem im Juli zwangsversteigerten Haus ausziehen musste, fand ein von Recht auf Stadt organisierter Stadtteil-Brunch mit ca. 30 Leuten statt. Es wurde u.a. über Verdrängung und den Mietenwahnsinn in Jena, aber auch über Widerstandsstrategien wie Solidarische Netzwerke und Mietminderung gesprochen. Mehr Infos unter rechtaufstadtjena.noblogs.org.

1. Dezember Schuldemo in Jena

Die Jugendinitiative für Bildung gegen Aufrüstung organisierte eine ordentliche Schüler_innen-Demo mit 300 Leuten. Die FAU Erfurt/Jena rief zur Unterstützung durch einen Uni-Block am Ende der Demo auf. Redebeiträge kamen von Thorsten Wolf (Linkspartei-Schwein und Abgeordneter im Landtag), Miss Thüringen, den roten Betonköpfen der SDAJ, Pekari und natürlich von den Schüler_innen selbst.

2. Dezember Merkel, AfD, Thügida und viel BFE in Jena

Anlässlich von Angies Besuch im Volkshaus haben Jana Schneider von der

Jungen Alternativen (AfD-Jugendorganisation) und David Köckert von Thügida zu Gegenkundgebungen aufgerufen. Die Thügida-Geschichte wurde verboten, Köckert und seine Getreuen stellten sich dann brav neben die AfD. Gegenüber versammelte sich ein Anti-Nazi-Mob und schrie gegen die Rechten an.



Das Fronttranspi der Schuldemo vom 1. Dezember: "Ent-Rüstung, Mehr Geld für Bildung!" Abgesehen davon demonstrierten die Schüler_innen gegen Rassismus und Sexismus im Unterricht sowie für mehr Selbstbestimmung und gegen die Gleichmacherei an Schulen.

Infos über die Neonazis

gesammelt von der AIBJ-Redaktion

Leider gibt es in Jena trotz anderthalb Jahren verstärkter Fascho-Aktivitäten weder eine ansprechbare autonome Antifa-Gruppe – es sei denn, man zählt die marxistisch-leninistische oder staatskommunistische Antifaschistische Aktion Jena (AAJ) in die autonome Bewegung – noch ein lokales Antifa Infoblatt oder wenigstens eine ständig aktualisierte Info-Seite. Deswegen haben wir uns entschieden, hier zumindest ein paar Infos über die Fascho-Umtriebe in Jena zu sammeln.

Am 15. Oktober fand in Toggenburg in der Schweiz ein Rechtsrock-Konzert mit ca. 6000 Besucher_innen statt, bei dem allein durch Eintrittsgelder 150.000€ eingespielt wurde. Thüringer Nazis waren an der Organisation beteiligt und mehrere Autogruppen aus Thüringen reisten zum Konzert in die Schweiz. Ein nicht unerheblicher Teil des Gewinns wird in die Kassen der Thüringer Nazi-Szene geflossen sein, u.a. in die Soli-Kassen für den Ballstädt-Prozess. Mehr Infos unter thueringenrechtsaussen.wordpress.com.

Spürst du beim Vorbeispazieren die schwere Gefahr? Eine Kontrolle deiner Personalien wird dem abhelfen.

Viertens «(...) an dem Personen der Prostitution nachgehen» (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 dd) PAG). Stichwort archaisch. Wo überwiegend «Frauen» (der herrschenden geschlechtlichen Lesart nach) Sexarbeit verrichten, die von überwiegend «Männern» (") gekauft wird, besteht aus staatlicher Perspektive per se eine erhöhte «Gefahr». Für wen? Eventuell zunächst für die Sexarbeiter_innen und ausgehend von Freiern und Zuhältern. Diese Art von Gefahr dürfte jedoch gerade da am größten sein, wo die Sexarbeiter_innen ins Unsichtbare gedrängt werden oder sich aufgrund rassistischer Bevölkerungskontrolle (Aufenthaltsrecht<->Arbeitsrecht) verstecken müssen. In dieser Konstellation dürften anlasslose Personalienkontrollen für Freier oder Zuhälter weniger ein Problem darstellen als für Sexarbeiter_innen, denen nicht selten gerade aufgrund fehlender Papiere nur diese immer nachgefragte Lohnarbeit zur Sicherung ihres Überlebens bleibt. Indem die Polizeigesetzgebung Prostitutionsräumen den Stempel «gefährlich» gibt und Stadtverwaltungen sie üblicherweise in Rand- und Gewerbegebiete beauftragen, schützen sie vor allem Freier. Die können dadurch anonym und isoliert von sozialer Verantwortung von der marktförmigen Abwärtsspirale in Sachen Preis-Leistung in der Sexarbeit profitieren. Wo nicht die Rechtsgüter der Sexarbeiter_innen geschützt werden sollen, eignet sich diese Gefahrenzuschreibung sekundär auch dazu, die sichtbaren und «normalen» gesellschaftlichen

Räume der hetero-monogamen Kleinfamilien zu schützen, an deren Fassade der patriarchale Status von Vater, Liebespartner etc. geknüpft ist.

So viel zur Qualifikation einer «Gefahr». Gefährlich für den Menschen ist tatsächlich vor allem anderen diese Gesellschaftsverfassung und die zu ihrer Aufrechterhaltung benötigte Polizei. Wir leben jedoch in einer vielfachen herrschaftsförmigen Entfremdung und Vermittlung von Begriffen und Verständnissen der Realität. Der Ernst-Abbe-Platz würde sich unter naheliegenden Kriterien durchaus für ein Gefahrengbiet eignen: Die dort ansässige Firma Jenoptik beliefert Kriegsherde weltweit mit modernster Technik. Erst im Oktober 2016 bekam sie einen neuen Auftrag im Wert von 27 Millionen Euro für die Herstellung von Einzelteilen des Patriot-Raketenabwehrsystems, das die Bundeswehr zuletzt in die Dienste von Erdogans Kriegen an der türkischen Südostgrenze stellte. An sich ziemlich gefährlich, aber im Gefüge der aktuellen Gesellschaft anerkannter als die Kifferin vom Jahnplatz. Hätte Jena einen Knast, dann käme der in seiner Gefährlichkeit für Menschen an zweiter Stelle nach den Kriegszulieferanten und noch vor der Bullenwache am Anger. Wo ein Haufen isolierter Zellen, Gitterfenster und schwer bewaffneter Bediensteter mit juristischer Unantastbarkeit sind, geht kaum ein Mensch heil heraus. Gleich nach diesen Stätten käme wahrscheinlich jeder Haushalt mit einer Zweier-Beziehung, die weitgehend unbeeinträchtigt von den Augen und der Verantwortung Dritter abläuft. Der jüngste bekannte Mord an ei-

bekämpfende und gesetzlich nicht näher bestimmte «Gefahr» (§ 14 Abs. 1 Nr. 1 PAG) besteht der Jenaer Polizei zufolge (s.o.) demnach überwiegend darin, dass Menschen selber entscheiden, Gras rauchen zu wollen. Was sie daran erkennen wollen, dass jemand Kapuzenpullis trägt. Ein «gefährlicher Ort», d.h. ein de facto Gefahrengebiet ist zumindest grob bestimmt (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 PAG):

« (...) ein Ort (...) von dem aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, daß dort

- Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben,
- sich Personen ohne erforderliche Aufenthaltserlaubnis treffen, oder
- sich Straftäter verbergen, oder
- an dem Personen der Prostitution nachgehen,

Klingt nicht gefährlich, ist aber so. Wie bei den meisten durch Strafgesetze geschützten «Rechtsgütern» (jede Straftat braucht ein verletztes Objekt, also «Rechtsgut», das dem Staat schützenswert ist) sind es vor allem der Staat selber und seine Ausbeutungsgesellschaft, die geschützt werden müssen. In der Abgrenzung zur bundesgesetzlichen Strafprozessordnung (StPO), die ab dem Moment konkreten Verdachts die Ermächtigungsgrundlage für Polizeihandeln darstellt, sind Polizeigesetze als Ländergesetzgebung eine Ermächtigungsgrundlage bei «Gefahren», deren Vorliegen die Polizei aufgrund von «Lageerkenntnissen» feststellt. Im Prinzip ist dies eine Ermächtigung zum präventiven Eingreifen in Grundrechte. Im Detail mutet das Gefahrenverständnis archaisch an. Vor allem, wenn das Gegenmittel eine simple

Ausweiskontrolle sein soll. Gehen wir die vier Bestimmungen eines Thüringer Gefahrengebiets durch:

Erstens ist jede_r und alles «gefährlich», was allgemein strafrechtlich verfolgt werden kann («Straftäter» und «Straftaten», § 14 Abs. 1 Nr. 2 aa) PAG). Nehmen wir das zentrale Beispiel der Jenaer Polizei: Cannabiskonsument_innen. Das geschützte Rechtsgut ist in diesem Fall die «Volksgesundheit». Im Sinne einer bürgerlichen Verfassung konnte es dem Staat nicht darum gehen, die Einzelne vor sich selber zu schützen. Er braucht aber trotzdem ein «gesundes Volk», das tagtäglich seine Arbeitskraft verkauft, den Fortbestand des Volkes durch Geburten sichert oder in den Krieg zieht. Zu Ende gedacht macht die Jenaer Polizei bei dieser Art der «Gefahrenabwehr» Jagd auf Volksverräter_innen. Du willst abends eine Tüte rauchen? Wehe dir, die du dein Volk im Stich lässt und deine Arbeits-, Gebär- oder Kampffähigkeit schmälerst!

Zweitens «(...) Personen ohne erforderliche Aufenthaltserlaubnis treffen» (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 bb) PAG). Spricht eigentlich gegen sich selber. Oder fühlst du dich unangenehm bedroht, wenn du an einer Person vorbeilaufst, die nicht dieses Stück Papier mit dem hässlichen Adler im Portemonnaie trägt? Oder auf diesem hässlichen Papier den falschen Stempel (Residenzpflicht) hat? Gefährdet ist hier nur der Staat und seine Kontrolle über die Bevölkerung, speziell das mörderische Migrationsregime.

Drittens «(...) sich Straftäter verbergen» (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 cc) PAG). Die Kifferin vom Jahnplatz ist vor der anrückenden Streife an die Leutra geflüchtet.

com. Im Nachgang wurde ein Lied veröffentlicht, in dem offen zum Mord an den langjährigen Antifaschist_innen Lothar (JG) und Katharina König (Linkspartei) aufgerufen wird.

Am 28. Oktober berichtete die OTZ, dass die Bullen in Kahla nach einer Razzia in vier Wohnungen einige Schreckschusswaffen und Diebesgut eingesackt haben. Glaubt man den Bildern aus dem Artikel (worauf u.a. „I love NS“- und „Rapefugees not welcome“-Sticker abgebildet waren), gehörten die Wohnungen Leuten aus der militanten Neonazi-Szene von Kahla.

Seit November 2016 verbreiten die Nazis verstärkt Propaganda-Material in Jena. Sticker im Stil der Autonomen Nationalisten wurden rund um die Lutherstraße entfernt, Flyer der Identitären wurden am Campus eingesammelt.

Am 12. November hat Michel Fischer von Die RECHTE die Gründung eines Kreisverbandes von Die RECHTE in Ostthüringen mit einer Ortsgruppe in Jena angekündigt. Hat Fischer nicht mal wieder Blödsinn erzählt, geht damit der Aufbau des Thüringer Ablegers in die nächste Runde.

Die OTZ berichtete am 18. November, dass der christlich-humanitäre Verein „Täglich Brot Insel“ nach mehreren Angriffen von Seiten der Kahlaer militanten Nazi-Szene endgültig die Reißleine ziehe und nun nach Stadtröda umziehe. Erst im Februar waren der Demokratieladen des Blitz e.V. und das SPD-Bürgerbüro angegriffen worden. In Kahla gibt es keine organisierte Antifa-Präsenz. Entsprechend konzentrieren die Nazis ihre Angriffe auf die letzten Reste liberaler, christlicher und sozialdemokratischer Zivilgesellschaft. Ihre Strategie der Schaffung „national befreiter Zonen“ im ländlichen Raum und in Kleinstädten hat hier durchschlagenden Erfolg. Und leider muss man zugeben, dass die radikale/autonome Szene in Jena seit der „Burgfrieden brechen“-Antifa-Demo vom 1. Juni 2014 im Grunde nichts dagegen getan hat.

Im April 2016 hatte die Firma VIP Schild Security versucht, eine einstweilige Verfügung gegen die Weimarer Grüne Partei zu erwirken, da diese behauptet hatte, Schild beschäftige Neonazis. Am 18. November kam es am Landgericht Erfurt zur Hauptverhandlung. Sie endete mit einem Vergleich. Schild hatte eine Selbstverpflichtung vorgelegt, die angeblich von allen Mitarbeiter_innen unterschrieben wurde. Sie geben damit an, keiner rechtsextremen Partei anzugehören und weder im Privaten noch dienstlich diskriminierendes Gedankengut zu vertreten. Aber sicher... Machen wir uns nichts vor. Alle wissen, dass Schild der übelste Fascho-Verein ist. Entsprechende Infos sind leicht im Internet zu finden.

Wie wichtig antifaschistische Recherche ist, zeigte u.a. im Sommer der Fall „Lisa-Bauer-sucht-ein-Praktikum“. Die Studentin der Volkskunde wollte in der Leuchtenburg bei Kahla ein Praktikum absolvieren. Nach dem ihre Praktikumsstelle auf ihre neonazistische Einstellung aufmerksam gemacht wurde, kündigten sie den Praktikumsvertrag. Die Rechercheergebnisse von 2013 finden sich unter atfjena.blogspot.eu/2013/01/17/lisa-bauer.

Selbstorganisierung und Hausbesetzung

ein Beitrag aus Sicht von zwei Menschen, die die Besetzung mit geplant haben

Wolja hat den dritten Anlauf gewagt. Am 17. Oktober 2016 wurde die Carl Zeiss Straße 10 besetzt. Anders als bei den beiden vergangenen Besetzungen unter dem Namen Wolja im Dezember 2013 und Juli 2014, gab es dieses Mal keine verummten Besetzer*innen die, im Inneren des Hauses verbarrikadiert, die Verhandlungsfragen und Verteidigungsstrategien bestimmten. All diese Fragen sollten selbstorganisiert vor Ort geklärt werden.

Selbstorganisierung als Art und Weise uns zu organisieren und Entscheidungen zu treffen war und ist uns immer noch wichtig. Wir wollen selbstbestimmt und ohne Vorgaben von Chef*innen etc. das selbstverwaltete Zentrum, welches wir durch die Besetzung erreichen wollten, gestalten. Dafür halten wir es für notwendig, gemeinsam zu diskutieren und kämpfen zu lernen. Zudem können durch offene Selbstorganisierung viele Menschen von Beginn an in den Prozess des Kampfes um ein Zentrum einbezogen werden, dieses mitgestalten und es auch zu „ihrer Sache“ machen. Dies ist notwendig, da das selbstverwaltete Zentrum von vielen Menschen getragen und gestaltet werden soll und nicht von einzelnen Aktivist*innen, die sich dabei völlig überarbeiten. Wir wollten mehr Menschen werden, während und durch die Besetzung.

In den Stunden und Tagen danach wurde in Diskussionen und Auswertungen deutlich, dass viele Menschen mit dem Ergebnis, dem Verlauf der Besetzung und den (nicht geführten) Verhandlungen unzufrieden sind. Auch wir hätten uns gewünscht auf die Verhandlungen einzugehen.

„Alle entscheiden mit und kommen zu einer unbefriedigenden Entscheidung“

Dieser Eindruck entstand und wir fragen uns wie das sein kann, wenn doch alle

Menschen gleichberechtigt am Prozess und den Entscheidungen teilhaben konnten? Wie lief die Selbstorganisierung, was hat geklappt, was nicht? Was können wir*¹, als diffuse Szene für das nächste Mal davon lernen? Sind Hausbesetzungen überhaupt der richtige Rahmen für Selbstorganisierung?

Struktur der Selbstorganisierung vor Ort

Wir bereiteten mit vertrauten Menschen nur die nötigste Infrastruktur vor. Auch wenn wir selbst im Vorfeld über mögliche Strategien und Verhandlungen sprachen, gab es keine Vorgaben oder Hinweise darauf, wie mit dem Haus und Verhandlungen vor Ort umgegangen werden sollte. Lediglich eine Verhandlungsscrew startete eine erste Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer.

Alles Weitere sollte das Plenum selbstorganisiert vor Ort entscheiden. Alle an der Aktion beteiligten, egal ob Teil der Orga, Teil der Infrastruktur oder Unterstützer*innen, die erst im Laufe des Nachmittags dazustießen, sollten gleichberechtigt am Aushandlungsprozess teil haben können.

Kernpunkte der Selbstorganisierung waren das Delegiertenplenum mit Rücksprachen zu den Bezugsgruppen und der Versuch, Konsensentscheidungen aufgrund der Stimmen der Delegierten zu treffen. Dabei wurde mit Runden gearbeitet, wo alle ihre Bezugsgruppenentscheidung mitteilten und die Moderation versuchte, all diese Stimmen zusammenzufassen. Anschließend wurden Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeitet und nach Zustimmung und Widerständen gefragt. Gab es Widerstände wurde die Diskussion eröffnet und die Delegierten gingen mit neuen Infos oder Argumenten wieder in Bezugsgruppen, um am Ende eine Entscheidung treffen zu können.

In den ersten Stunden waren viele Men-

Gefahrengebiet? Gefährlich sind in erster Linie die Bullen.

Zu Personenkontrollen im Stadtgebiet und «Gefahren» zwischen Polizeigesetz und Wirklichkeit von Luigi

Nicht erst seit den zunehmenden Personenkontrollen in jüngerer Zeit, die speziell rund um den Jahnplatz mit einem «Gefahrengebiet» begründet werden, sind Menschen im (abendlichen) Alltag mit schikanösen Polizeimaßnahmen konfrontiert. Bereits im Juni 2012 erklärte die Jenaer Polizei über die OTZ, im Stadtgebiet vermehrt «anlasslose» Personenkontrollen bei Träger_innen von Kapuzenpullovern und weiten Hosen durchführen zu wollen. Das Ziel: Konsument_innen illegalisierter Drogen aufzuspüren. Tatsächlich müssen vor allem Menschen im Alter zwischen ca. 16 und 40 Jahren immer wieder die Erfahrung machen, bei Dunkelheit unvermittelt von einer Streifenbesetzung angehalten zu werden. Darauf folgt meistens eine Überprüfung der Personalien, die Frage nach Drogenkonsum oder Vorerfahrungen mit der Polizei und häufig auch eine Durchsuchung von Taschen und Rucksäcken. In einigen Fällen kommt es infolge von z.B. Grasfunden auch zu Hausdurchsuchungen.

Dass ein Großteil dieser Maßnahmen in nachträglichen Polizeipressemeldungen als «freiwillig» gerechtfertigt wird oder vermeintliche Verdachtsmomente konstruiert werden, entlarvt indes die Rechtswidrigkeit eines Großteils der Kontrollen. Denn ohne konkreten Grund dürfen die Bullen tatsächlich

nicht einmal Identitätsfeststellungen durchführen (!). Rechtlich gesehen könnte daher der Dialog auch so klingen:

«Guten Tag. Wir führen heute verdachtsunabhängige Personenkontrollen durch. Könnten wir bitte Ihren Ausweis sehen?»

«Könnt ihr nicht. Ihr könnt gar nix. Tschüss!»

In der Realität verläuft das Ganze erfahrungsgemäß anders, wofür verschiedene Faktoren entscheidend sind. Die beiden zentralen dürften rechtliche Unsicherheit der Kontrollierten und das Gewaltgefälle in der Situation sein. Du stehst alleine im Dunkeln 3-6 Bewaffneten gegenüber, denen Gerichte in 99,9% jede noch so dumme Aussage abnehmen. Die dich, wie noch so spektakuläre Fälle jährlich zeigen, ohne Not straflos erschießen können. Genau das wissen die Bullen am besten und bauen die Kontrollsituationen und ihr Auftreten dementsprechend auf. Notwendig wäre für eine rechtmäßige Identitätsfeststellung gemäß Thüringer Polizeiaufgabengesetz (PAG) stets eine konkrete «Gefahr» oder der Aufenthalt an einem «gefährlichen Ort». Richtigerweise heißen die Polizeigesetze in vielen Bundesländern «Gefahrenabwehr-gesetz», da sie formell die Eingriffsgrundlage in Fällen konkreter Gefährdung bestimmen. Die zu



Erdgeschosswohnung im Haus in der Erfurter Straße 5. Bis Ende November mussten die Anwohner_innen ausziehen. Vorher, am 26. November, fand dort ein von "Recht auf Stadt" organisierter Stadtteilbrunch statt.

ihr) von immens hohen Mieten hier in Jena betroffen bin und weil ich selbst (trotz akademischen Abschlusses) schnurstracks aus dem Elfenbeinturm auf die harte Erde fiel; Hartz IV ist entgegen aller Versprechungen der bequemen sozialen Hängematte nicht unbedingt komfortabel. Ich sehe – zumindest in unserem Gesprächskreis – kein abstraktes Menschenmaterial mehr vor mir, das ich irgendwie mobilisieren muss. Ich sehe mich und ich sehe den*die Andere in unserer jeweiligen Individualität, die sich in der Erfahrung verschränkt, für Wohnraum (zuviel) Geld zu zahlen oder von Vermieter*innen wie Dreck behandelt zu werden. Indem wir darüber sprechen, werden wir uns dessen bewusst, wir entdecken gemeinsam,

dass wir nicht daran Schuld sind, dass es systematische Ursachen für unsere Probleme gibt, dass wir gemeinsame Interessen haben und dass wir uns bei der Durchsetzung dieser gegenseitig unterstützen sollten. Wir treiben uns also zu einem Punkt, an dem Solidarität oder Gegenseitige Hilfe kein abstraktes Bekenntnis mehr sind, sondern eine naheliegende Handlung als Folge geteilter Klassenerfahrungen: konkreten Leids, konkreten Kämpfens, konkreten Scheiterns und Gewinnens. Eben dies ist die Idee und das Ziel unseres Gesprächskreises. Wie genau wir das machen und was wir damit bisher für Erfahrungen gemacht haben, erfahrt ihr womöglich im nächsten Anarch@-Info-Blatt.

(1) Auch wenn dieser Text im Namen einer Einzelperson erscheint und er im Wesentlichen auch von dieser geschrieben wurde, möchte ich an dieser Stelle anmerken, dass mir einige Genoss*innen schon vorab des Textes und auch mit Kritik an diesem Text enorm weitergeholfen haben, die folgenden Gedanken zu konkretisieren. Darunter waren auch viele meiner Mitstreiter*innen in der Stadt-Gruppe. Der Text erscheint dennoch im Namen einer Einzelperson, weil die in ihm vertretenen Positionen nicht zwangsläufig die Gruppenmeinung widerspiegeln.

(2) rechttaufstadtjena.noblogs.org

(3) Widerstrebend gebe ich zu, dass ich den Adler-Maulwurf-Gegensatz hier geklaut habe: arranca.org/ausgabe/48/maulwurf-stadt-adler

schen in Bezugsgruppen organisiert, haben in diesen diskutiert und Entscheidungen getroffen. Im Plenum herrschte eine große Offenheit und jederzeit konnten sich Menschen einbringen. Zudem nahmen auch Menschen und Bezugsgruppen abseits des linken sichtbaren „Szene-wustes“ an den Plena teil. Es wurde deutlich, dass das Thema Besetzung und Häuserkampf viele Menschen erreichen kann und dass es möglich sein kann, dass sich von Beginn an alle Anwesenden mit der Aktion identifizieren und einbringen. Warum so viele Konjunktive? Naja, so ganz hat es dann halt doch nicht geklappt.

Inhalt und Ablauf der Plena

Ein oft kritizierter Punkt war, dass das Plenum mit zu vielen Dingen vollgepackt war. Die Bezugsgruppen hatten teilweise nur 20 Minuten Zeit um mehrere Entscheidungen zu treffen. Unter dem Druck, diese schnell treffen zu müssen, war es schwer auf neue Dinge strategisch und überlegt reagieren zu können. Dabei haben wir auch dieses Mal wieder gelernt – wir haben Zeit! Es dauert einfach wirklich ganz schön lange, bis die Situation eskaliert und die Polizei räumt – vor allem da wir* ja unter dem Versammlungsschutz der angemeldeten Kundgebung standen. Und zudem haben wir* uns den Zeitdruck auch selbst gemacht indem wir* dem Eigentümer eine Zeit nannten, wann wir* eine Entscheidung treffen. Selbstorganisation braucht Zeit – und die sollten wir*

uns beim nächsten Mal auch selbstbewusst nehmen.

Zudem fielen inhaltliche Auseinandersetzungen im Plenum runter, weil es nur noch darum ging schnell zu klären, ob mensch nun das Haus besetzen möchte oder nicht. Es gab kein gemeinsames inhaltliches Ziel und keine gemeinsam erarbeitete Strategie, welche eine Grundlage für Entscheidungen und gemeinsames Vorgehen hätten sein können. Hier haben wir als Organisator*innen es versäumt, Raum für eine inhaltliche Auseinandersetzung zu schaffen. Das Plenum war von Beginn an so strukturiert, dass es darum ging Entscheidungen zu treffen und nicht darum, sich ein gemeinsames Bild von Strategien und Zielen zu machen, was jedoch eine Notwendigkeit ist, wenn wir* gemeinsam Entscheidungen treffen wollen.

Wer wird gehört? Wie wird entschieden?

Neben der fehlenden inhaltlichen Auseinandersetzung und dem Zeitfaktor, der eine Rolle bei der Entscheidungsfindung gespielt hat, war jedoch auch die Unklarheit, wie mit unterschiedlichen Positionen umgegangen werden soll, ein Hindernis für eine gelungene Selbstorganisation und überlegte Entscheidungen. Teilweise konnten nicht einmal die Delegierten für ihre Gruppen sprechen, da die unterschiedlichen Positionen innerhalb dieser in der kurzen Zeit nicht ausgelotet



Plenum in der CZ10 – Versuch der Selbstorganisation

werden konnten. So wurden wohl auch Entscheidungen aus „Erleichterung“ bzw. Bequemlichkeit getroffen. Menschen, wurden aufgrund einer bestimmten Position (Bsp. als Teil der Verhandlungsscrew) Kompetenzen und Wissen zugesprochen. Wenn aus dieser Position der Vorschlag gemacht wird, nicht mit dem Eigentümer zu reden, erscheint das doch für alle als gute Lösung. Niemand muss sich mehr mit ihm auseinandersetzen, was auf jeden Fall anstrengend gewesen wäre und wir* sind aus dem Schneider.

Aufatmen. Entscheidung getroffen, wir* machen einfach unser Ding und entscheiden uns für den im Moment (!) einfachsten Weg. Und apropos Menschen und das zuschreiben bestimmter Kompetenzen und Wissen – auch wenn es vielleicht der Wunsch ist bei einem Plenum alle Stimmen gleichermaßen zu wertschätzen und alle am Entscheidungsprozess zu beteiligen, gibt es dennoch Stimmen, die mehr Gewicht haben. Dies geschieht nicht nur aufgrund bestimmter Positionen oder besserer Argumente, sondern ebenso aufgrund ihres zugesprochenen (oder tatsächlichen) „standings“ in der Szene, ihrer lauten und entschlossenen Stimme und ihrer dominanten Raumnahme.

Selbstorganisation und die Idee, dass sich alle gleichberechtigt einbringen können – schön und gut. Aber im Moment ist es einfach noch so, dass die Stimmen von weißen dominant auftretenden Typen mehr Gewicht haben und als richtiger gelesen werden als andere. Und wenn wir* dies nicht in unserer Selbstorganisation berücksichtigen und dann so tun, als könnten alle gleichberechtigt mitsprechen, reproduzieren wir* nur dieselben Muster, gegen die wir* eigentlich vorgehen wollen. Es braucht also Strukturen und Instrumente, die eine wirklich gleiche Hörbarkeit aller Stimmen gewährleisten.

Alleingänge, Vertrauen und Verantwortung

Und auch hier lässt sich ein guter Über-

gang zu meinem nächsten Punkt finden – welche Stimmen haben wie viel Gewicht und welche Menschen „trauen“ sich, ins Plenum zu preschen, bereits getroffene Entscheidungen über Bord zu werfen und ihr eigenes Ding durchzuziehen, wonach sich dann die ganze Basisorganisation richtet? Was ist das richtige Maß von Basisorganisation und konsensuale Entscheidungen und der Autonomie Einzelner?! Bei dieser Besetzung war das Plenum der Ort um Entscheidungen zu treffen. Wenn diese jedoch, wie dieses Mal geschehen, durch Einzelgänge über Bord geworfen werden, bleibt die Sinnhaftigkeit von Plena durchaus fragwürdig. Da ist es auch schnell hinüber mit dem Vertrauen und der gemeinsamen Verantwortung für den Prozess. So haben zum Beispiel Menschen, die sich klar für eine Besetzung des Hauses aussprachen und diese auch durchführen wollten den Ort ohne Absprache verlassen. Und auch der Wechsel der Nachtschicht klappte nicht, weil Menschen am frühen Morgen einfach nicht auftauchten. Doch genau dieses Vertrauen ineinander und die Übernahme von Verantwortung braucht es, wenn wir* uns weiter selbst organisieren wollen. Wenn wir* lernen wollen gemeinsame Entscheidungen zu treffen und diese auch gemeinsam zu tragen, brauchen wir* die Sicherheit uns auch aufeinander verlassen zu können, vor allem auch in unsicheren und angespannten Momenten.

Wir* sollten lernen uns selbst ernst zu nehmen und verantwortungsvoll zu handeln – und das heißt in diesem Fall nicht nur Entscheidungen zu treffen, sondern die Konsequenzen auch zu tragen bzw. transparent zu machen bis zu welchem (Zeit-) punkt ich sie mittrage.

Selbstorganisation muss immer wieder verteidigt werden. In diesem Fall sowohl gegen Eigentümer*innen, die sich schnelle Entscheidungen wünschen, als auch gegen unsere eigene Sozialisation. Deswegen wünschen wir uns, dass sich alle am Prozess beteiligten auch selbst fragen, wie dieser für sie abgelaufen ist und welche Rolle sie und ihre Bezugsgruppe dabei einnehmen.

ein Großteil der Gesellschaft in diesem wiederfindet und sich auch alltäglich in ihm bewegt, birgt es viele rebellische Potentiale (nicht umsonst ist das Mietrecht so engmaschig und kleinlich).

Die Idee ist deshalb, sich gegen das zu Wehr zu setzen, was einem*r sowieso im Alltag und durch Zwang begleitet. Hier beginnt der berühmt berüchtigte Alltagskampf. Nach tiefgreifender und langwieriger Analyse des Kampffeldes ist mir klar geworden, dass es keine große Bewegung in Deutschland gibt, die sich des Kampfes gegen Mieten annimmt. Wir müssen also erst einmal anfangen, kleine Brötchen zu backen. Will heißen, die Menschen zusammenzubringen, die gerade Probleme mit ihrem Mietverhältnis haben und bereit sind, sich dagegen zu wehren. Das sind nicht viele, aber genug um sich gegenseitig emotional aufzufangen (darüber hinweg zu gehen wäre mehr als zynisch) und kleine Aktionen vorzubereiten. Fürwahr lösen sich dadurch nicht die Probleme auf, aber aus verzweifelten und resignierten Einzelnen werden durch Gegenseitige Hilfe empowerte und mutige Kämpfer*innen im Kollektiv. Das ist nicht die Revolution, aber ein politischer Erfolg.

Aber ja ja, ich kenne sie zu genüge, die Kritik: dass es reformistisch sei gegen Mieterhöhungen, sprich nur gegen die Symptome nicht gegen die Ursachen kapitalistischer Inwertsetzung von Wohnraum zu kämpfen; dass es ja nichts bringe und überhaupt nur Sozialarbeit sei, sich den Problemen einzelner Menschen zu widmen, statt die Massen zu mobilisieren; dass es gefährlich sei, sich mit Menschen zu solidari-

sieren, deren politischer Standpunkt nicht bekannt ist und womöglich gar den „unseren“ widerspricht. Doch möchte ich euch fragen – werte Genoss*innen –: Aus welcher gesellschaftlichen Position heraus könnt ihr denn diese Urteile bitte schon fällen? Steckt ihr denn bis zum Kopf in der Scheiße? Erhaltet ihr denn täglich einen ätzenden Brief vom Amt, vom Vermieter oder von der Bank? Müsst ihr euch denn jeden Morgen zur Lohnarbeit quälen und könnt das nicht anders durchhalten als dadurch, dass ihr euch diesen Zwang ein bisschen schönredet? Wenn dem so ist – liebe Genoss*innen – dann seid ihr mit euren Urteilen (entschuldigt dieses unzulässige Urteil meinerseits) ganz schön blöd (natürlich von eurem Klasseninteresse aus gesprochen). Wenn dem nicht so ist, dann seid ihr – was ich noch ärgerlicher fände – durchaus elitär und abgehoben. Mit (unsichtbaren) Privilegien lässt es sich leicht über das urteilen, was so im deprivilegierten Handgemänge passiert. Wenn du aber mal selbst so richtig drin steckst (und das werdet auch ihr womöglich alsbald), mühselig nach dem Ausweg Ausschau haltend, sieht das alles schon ein wenig anders aus.

Nun aber genug des Pöbelns! In erster Linie heißt das, dass ich nicht nur Aktivist bin, der scheinbar über den Verhältnissen schwebt, sondern ich als Mensch bin auch selbst Betroffener von den Verhältnissen. Dies ist ein fundamentaler Perspektivwechsel. Ich habe mich mit dem Gesprächskreis für die grabende Maulwurfsperspektive entschieden (auch wenn noch ganz schön viel Adler in mir drin steckt)³, zum Teil weil ich selbst (wie auch

„Wieviel Miete zahlst du so?“

Kurze Anmerkungen zur politischen Ausblendung der Mietenproblematik in der „Szene“ von Horst¹ - einem Mitglied der Gruppe Statt²

Nun schon seit April 2016 organisiere ich mich in dem Gesprächskreis „StattProbleme“ der Gruppe Statt. In diesem widmen wir uns jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat der allseits bekannten und ebenso verhassten, aber dennoch wenig bekämpften Mietenproblematik in Jena. Die Vieldeutigkeit des Themas ist kein Zufall. Ich habe durchaus ein Problem mit dem sekundären Ausbeutungsverhältnis Miete. Der Umstand, dass ein Großteil der Menschen in dieser Gesellschaft zur Erfüllung ihres Grundbedürfnisses nach Wohnraum gezwungen ist Geld dafür abzurücken, ist in seichten Worten eine Ungerechtigkeit. Und wer dieses Geld letztendlich kassiert, ist da noch gar nicht Thema gewesen. Der Gegenstand der Kritik ist somit leicht erfasst und ehrlich gesagt auch nicht allzu schwer zu erblicken, vor allem nicht in Jena.

Vielleicht kennt ihr nun aber die Schwierigkeit sich gegen ein Verhältnis zu engagieren. Wie soll das denn aussehen - gegen Miete an sich zu kämpfen? Den Vermieter einfach einen Kopf kürzer machen? Wohl kaum, schließlich steht schneller als mensch denkt, ein*e neue*r vor der Tür. Durch die Welt reisen oder sich in Hörsäle verkriechen und allen Menschen in unserer Reichweite erzählen, wie scheiße es ist, dass sie ihre Miete jeden Monat überweisen (müssen)? Nee oder? Schließlich hört sie dadurch ja auch nicht auf zu existieren. Nun, dann eben einfach aufhören Miete zu zahlen und sich

dem erhabenen Gefühl hinzugeben, endlich was Radikales getan zu haben! Klingt echt geil, aber leider werde ich dann irgendwann aus meiner Wohnung geschmissen und darf schlimmstenfalls ohne Umwege in den Knast ziehen. Personalisierte Kritik, Verbalradikalismus und isolierte Praxis führen also alle nicht so recht zu dem großen Wurf, den ich insgeheim doch noch so sehr begehre. Tja und was nun?

Ich glaube, dass Kämpfe zur Abschaffung von Mietverhältnissen weitaus dreckiger und unreiner sind, als es die Binsenweisheiten von vielen meiner Genoss*innen (u.a.) oft vermuten lassen. Emanzipatorische Potentiale liegen nun mal nicht (allein) in der Lebensrealität akademischer Zecken, sondern im Alltag der Vielen (wozu natürlich auch die akademische Zecken gehören: wenn sie denn wollen!). Die Vielen wiederum sind nicht einfach Leute, als würde es so etwas wie „Die Szene“ und „Die Leute“ geben. Nein, die Leute leben in ebenso sich voneinander unterscheidenden und differenzierten Lebenswelten. Das, was wir „Szene“ nennen, ist hier eine unter vielen. Durchkreuzt werden diese aber nun von Verhältnissen, die sich in all diesen Lebenswelten wiederfinden lassen. So zum Beispiel das allgemeine und dennoch besonders nervige Mietverhältnis. Es ist quasi eine Alltäglichkeit und bekommt somit nicht nur den Rang einer Selbstverständlichkeit, sondern leidet auch vermehrt den Hauch einer Naturgewalt. Gerade weil sich aber

Fazit und Fragen, die bleiben...

Auf den letzten Seiten haben wir versucht darzulegen warum wir uns für die Selbstorganisation vor Ort entschieden haben und wie sie gelaufen ist. Wir haben versucht zu verstehen wie Entscheidungen getroffen wurden und wir haben Kritik geäußert. Deutlich wurde, dass wir* es nicht geschafft haben selbstorganisiert überlegte und strategische Entscheidungen zu treffen, an denen alle partizipieren konnten und die auf ein Haus hinausliefen.

Es bleiben viele Fragen offen: Inwiefern ist eine Selbstorganisation im Rahmen einer Besetzung sinnvoll? Wer soll an Entscheidungen teilhaben können? Wie viel vorgegebene Struktur braucht es? Wie viele Aufgaben und Rollen müssen von Beginn an klar verteilt werden? Was ist das richtige Maß zwischen einer klandestinen Gruppe, die sich verbarriadiert und von dort Entscheidungen trifft und einem total offenen Konzept, wo alle strategischen und inhaltlichen Fragen in die Gruppe gegeben werden? Und wenn es nur darum geht, ein Haus zu besetzen um unsere Verhandlungsposition zu stärken, braucht es dann überhaupt Selbstorganisation?

Mögliche Antworten.

„The master's tools will never dismantle the master's house.“²

Wir glauben nicht, dass wir* es schaffen ein selbstveraltetes Zentrum als Teil einer radikalen Bewegung aufzubauen wenn wir* auf dem Weg dahin patriarchale, individualistische und hierarchische Strukturen reproduzieren. „Erfolg“ bemisst sich nicht allein an der Kategorie „Haus haben oder nicht haben“. Ja, wir wollen auch ein Haus, aber nicht um jeden Preis.

Wir halten es für notwendig, das Vergangene zu reflektieren, und die Struktur einer weiteren Besetzung noch einmal zu überdenken. Aber wir wollen die Selbstorganisation nicht generell über den Haufen werfen. Wir finden, dass die Selbstorganisation in der Vorbereitung der Aktion ausgeweitet werden kann und sich dadurch mehr Menschen in Bezugsgruppen beteiligen können. So würde zum Beispiel das Ausarbeiten einer Strategie im Vorfeld passieren. Direkt vor Ort könnte diese Strategie transparent gemacht werden und hinzukommende Menschen können sich entscheiden, ob sie das Vorgehen unterstützen möchten oder nicht. Vor Ort können sich Menschen inhaltlich mit der Idee eines selbstverwalteten Zentrums auseinandersetzen und die Selbstorganisation dort besprechen und planen. Wir können versuchen während der Besetzung kollektive Räume zu schaffen um das gemeinsam kämpfen zu lernen. Und ja, allein durch Selbstorganisation ist kein Haus zu bekommen - Ohne diese jedoch wollen wir kein Haus.

Und zum Ende kommend: Wir sind überzeugt davon, dass es für eine spätere Organisation im selbstveralteten Zentrum von Vorteil ist, wenn Selbstorganisation und Offenheit für viele Menschen von Beginn an ein Teil des Prozesses zum Haus hin sind. Denn für unser „selbstveraltetes Zentrum“ wünschen wir uns dasselbe, wie auf den Weg dahin: Selbstorganisiert, Autonom, Herrschaftskritisch.

Solidarische Grüße
zwei Menschen von Wolja

(1) Das Wir* mit Sternchen steht für „uns als linke Szene in Jena“.

(2) „Du kannst nicht das Haus des Herren mit dem Handwerkszeug des Herren abreißen“ - Audre Lorde: Schwarze Feministin, Lesbe, Poetin und Kämpferin.

Der 9.11. in Jena - Bitte keine Ernüchterung aufkommen lassen!

von Buntstift

Aus Platz- und Zeitgründen wird es zum neuerlichen Fascho-Fackelmarsch durch Jena keine so große Betrachtung wie beim letzten im August (Rudolf-Heß Marsch) geben. Das ist auch der Tatsache geschuldet, dass im August die Aktionsform „Hausbesetzung“ zur Anwendung kam und hier einige Diskussionen auslöste. Ein paar Sachen sollen dennoch kurz Erwähnung finden.

200 Menschen stürmen teilweise Absperrungen und filmen sich selber

Da wäre zum ersten zu erwähnen, dass es positiv ist, dass es eine eigene Demonstration am Tag des Faschoaufmarsches gab: Einen autonomen Gedenk- und Mahngang vom Stadtzentrum zum Westbahnhof. Es wurde an das Schicksal der Jüd*innen erinnert und sich gegen Antisemitismus gerichtet. Jenseits dieser Aktion fand sich ein motivierter Haufen von 200 Antifas (laut OTZ...) am frühen Abend zusammen, um auf die Fascho-Aufzugstrecke zu gelangen. Allein die Anzahl der Leute, die sich jenseits der sich etwas aufreibenden bestehenden Aktionsbündnisse hier zusammen fanden, ist als Erfolg zu werten. Es zeigte sich auch eine gewisse Entschlossenheit beim Versuch in der Nollendorfer Straße auf die Strecke, den Spitzweidenweg, zu gelangen. Geschlossen ging es raschen Schrittes unter den Augen des Aktionsnetzwerkes gegen Rechts, das am Nollendorfer Hof eine Kundgebung abhielt, an die Hamburger Gitter heran. Es gelang sogar kurzerhand mal die

erste von zwei Gitterreihen kurz umzukippen. Die Bullen reagierten so wie sie es immer machen indem sie die Leute einpfefferten, wegprügelten, ihre Hunde ohne Maulkorb gegen sie einsetzten und auch eine zweistellige Zahl in Gewahrsam nahmen. Trotzdem gab es doch einige Lücken und mit ein paar mehr Leuten, etwas mehr Entschlossenheit und Mut wäre vielleicht auch ein Vordringen zur Strecke möglich gewesen. Mit der Anzahl an Leuten ging aber nicht mehr, ohne noch mehr Verletzungen und Ingewahrsamnahmen zu riskieren. Alle 16 Leute kamen noch am selben Abend aus der Gefangensammelstelle (Gesa) in der Kahlaischen Straße frei und wurden teils von solidarischen Menschen empfangen - so soll das sein, Daumen hoch! Zu der Durchbruchaktion bleibt festzuhalten, dass weitere Organisation und mehr Einbindung von Leuten immer wichtig ist, um auf die Strecke zu gelangen. Wie immer könnten viele Kritikpunkte gefunden werden, aber die gehören teils nicht hierher oder würden den Rahmen sprengen. Trotzdem sei noch auf zwei Sachen hingewiesen. Da wäre der Umgang mit Smartphones. Etliche Leute zückten diese kurz nach dem ersten Zusammenstoß mit den Cops an den Gittern, als auf dem Dach des Ärztehauses etliche Bengalen angingen (auch Daumen hoch für die Action!). Leute, Smartphones auf Demos ist eh schon ziemlicher Blödsinn¹ - wenn die Cops euch mitnehmen, können sie dort eure ganzen Daten, Mailverkehr und sonstwas sehen, die Wenigsten

keine Reaktion, also haben wir die Uni verklagt. Bei der Güte-Verhandlung vom 17. November vorm Arbeitsgericht gab es keine Einigung. Also wurde für den 17. Mai 2017 eine Verhandlung vor der Kammer des Arbeitsgerichts in Gera angesetzt. Dort steht eine Grundsatzentscheidung bezüglich der Kriterien für die Einstellung von SHKs aus. Bis dahin wollen wir ordentlich Druck machen, um durchzusetzen, dass wir studentischen Arbeiter_innen uns nicht benutzen lassen, um den Tarifvertrag durch SHK-Verträge zu unterlaufen, um also die Arbeitsverhältnisse insgesamt immer weiter zu prekarisieren!

#2 Die drei Methodenlaborant_innen: In der ersten Jahreshälfte haben sie als Studentische bzw. Wissenschaftliche Hilfskräfte im Methodenlabor der Soziologie als Aufpasser_innen und Putzkräfte gearbeitet. Von ihnen wurde erwartet, dass sie ca. das anderthalbfache der vertraglich festgelegten Stunden arbeiten (z.B. 16 Monatsstunden statt 10, 28 Monatsstunden statt 18) – freilich ohne Bezahlung der Überstunden. Darüber hinaus gab es keinen Urlaub. Es haben sich Lohnnachforderungen jeweils im dreistelligen Bereich ergeben, die wir Ende Oktober dem Präsidenten der Uni Jena haben zukommen lassen. Darüber wurde bei der Institutskonferenz von Anfang November auch das Institut für Soziologie informiert. Nun organisieren wir den Kampf um die ausstehenden Löhne.

#3 Die zwei Honorarkräfte an den Euro-Schulen: Zwei selbstständige Bildungsarbeiterinnen haben vor einem halben Jahr an den Geraer Euro-Schulen die Vertretung in einem Deutschsprachkurs für Geflüchtete übernommen. Nach knapp zwei Wochen wurde dieser von der Koordinatorin ohne Absprache abgeblasen. Seitdem haben sich die beiden bemüht, an ihr Geld zu kommen. Die Euro-Schulen verweigern allerdings die Honorarzahungen. Deswegen haben wir Anfang Dezember ein Forderungsschreiben rausgeschickt und warten nun auf die Antwort.

Macht mit!

Das sind nicht die einzigen, sondern die gerade akuten Arbeitskonflikte. Wir haben noch einige Ideen und Vieles vor und würden uns freuen, wenn mehr Leute mitmachen. Überprüft, ob eure Arbeitsverhältnisse korrekt sind (schriftlicher Arbeitsvertrag, Urlaub und Urlaubsentgelt, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlte Überstunden, wirklich wissenschaftliche Tätigkeit etc.) und dokumentiert alles (Arbeitszeitpläne, Verträge, Mailkommunikation, etc.)! Fällt euch was auf, dann meldet euch gerne per Mail bei uns (unter fau-j.bildung@nadir.org) oder kommt direkt zu unseren Treffen. Sie sind offen und finden jeden zweiten Mittwoch im Infoladen Jena (Schillergässchen 5) statt. Das nächste Treffen ist am Mittwoch, den 14. Dezember, von 16 bis 18 Uhr. Wir arbeiten auch an einem Blog, der die Tage online geht: faujenabildung.blackblogs.org.



Kurzinfo zu unseren Arbeitskonflikten im Bildungsbereich

von der Bildungs-AG der FAU Erfurt/Jena

Seit diesem Sommer gibt es unsere AG zu Arbeitsverhältnissen im Bildungsbereich. Seit Oktober führen wir drei Arbeitskonflikte und suchen auch an anderer Stelle Stunk. Das wollen wir kurz vorstellen und würden uns freuen, wenn Leute dadurch Lust bekommen, mitzumachen oder uns zumindest bei Kundgebungen, durch Soli-Erklärungen oder eigene Aktionen zu unterstützen.

Die Bildungs-AG

Nach dem Arbeitskonflikt im CATI-Labor der Uni Jena, in dem studentische Arbeiter_innen gemeinsam mit der FAU Erfurt/Jena diesen Sommer der Beschäftigung über Werkverträge und Scheinselbstständigkeit ein Ende gesetzt haben, wurde die offene Bildungs-AG der FAU Erfurt Jena gegründet. Die FAU, die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union, ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, die in Jena seit 2012 vor allem im Minijobbereich aktiv ist. Unsere Bildungs-AG ist an die FAU angeschlossen, aber offen für alle Bildungs-Arbeiter_innen, egal ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht. Wir sind ehemalige und aktuelle studentische Hilfskräfte (SHK), Lehrbeauftragte und selbstständige Bildungsarbeiter_innen.

Bevor wir zur Sache kommen, wollen wir ein was nochmal klarstellen. An der Uni wird gegen die FAU gewettert, dass sie die Studierenden für ihre Zwecke instrumentalisieren und über ihre Köpfe hinweg Arbeitskonflikte simuliere. Das ist eine Lüge, die von Profs mit Boss-Allüren und ihren getreuen Karriere-Hiwis verbreitet wird und darauf zielt, die entstehende Klassenkampf-Praxis unter den studentischen Arbeiter_innen im Keim zu ersticken. Fragt die beteiligten Leute aus dem CATI-Labor, dem Methodenlabor, vom Unkraut-Jäten usw., mit denen wir gemeinsam kämpfen. Sie können alle bestätigen, dass im Rahmen der FAU alle Entscheidungen gemeinsam mit den Arbeiter_innen getroffen werden und sie bei allem das letzte Wort haben. Genau das Gegenteil von den gewerkschafts- und FAU-feindlichen Gerüchten, die kursieren.

Aktuelle Arbeitskonflikte

#1 Tariflohn fürs Unkraut-Jäten: Stellt die Uni Arbeiter_innen ein, muss sie das nach dem Tarifvertrag des Landes und nach Tariflohn (mind. 9,70€) machen. Es sei denn, es handelt sich um „wissenschaftliche Arbeit“ - dann darf sie Studierende als Hilfskräfte (SHK) zum Mindestlohn (8,50€) einstellen. Um auf unsere Kosten Geld zu sparen, verkauft die Uni nun alle möglichen Arbeiten als „wissenschaftlich“ und stellt SHKs ein. So auch beim Unkrautjäten auf den Versuchsflächen des Jena-Experiments der Biologisch-Pharmazeutischen Fakultät. Mitte Oktober hat ein Kollege von uns beim Präsidenten der Uni den Tariflohn gefordert. Das ist nicht das erste Mal, dass die Unkraut-Jätis sich wehren. Es gab aber auch dieses Mal

werden ja ihr Smartphone verschlüsselt haben. Genauso könnten dann auch Gesichter von Leuten die dort grad rumstanden an die Cops gelangen. Es ist schon oft genug vorgekommen, dass die Bullen von Leuten, die sie mitgenommen haben, die Telefone kontrolliert haben. Im schlimmsten Fall werden die Videos von Actions direkt, von unseren eigenen Leuten auf youtube hochgeladen. Ihr müsst euch einfach bewusst sein, dass ihr damit haufenweise Leute die dort aktiv waren der Gefahr der Repression, durch nachträgliche Identifizierung aussetzt. Also lasst den Quatsch zukünftig. Actions sollten wenn dann von (professionellen) Fotografen aus der Szene festgehalten werden. Die Leute wissen, dass die Gesichter nachher verpixelt werden. Ein Punkt der auch mit Repression durch Identifizierung zusammenhängt ist, die teilweise fahrlässige Vermummung von Leuten. Entweder ihr macht das richtig, sodass ihr halt nicht erkannt werdet oder ihr haltet euch zurück, halbe Sachen bringen nichts. Wenn ein Gitter fällt, dann ist das nun mal im Sinne der Cops eine Straftat. Soweit zu dieser Geschichte.

Ernüchterung trotz vielen Leuten und vielen Aktionen?

Der Rest des Tages lief, wie man von vielen hörte, ernüchternd ab, es gab kein Herankommen auf die Strecke, da die halt doppelt vergittert und von hunderten Cops geschützt war. Als die Demo/der Mahngang vom Westbahnhof herunterkam, versuchten es noch einmal ein paar Gruppen anzurennen, sahen sich aber auch einer Überschar von Bullen ausgesetzt oder - und das ist richtig scheiße - wurden sie wiederum vom undynamischen Haufen der vor den Gittern

steht, labert, tanzt, pöbelt, die Fahne schwingt aufgehalten. Da wäre es mal wichtig die Leute darauf hinzuweisen, dass sie hier gerade verhindern, dass Leute evt. die Nazis stoppen. Bleibt festzuhalten, dass wiederum massig Leute unterwegs waren, die 50 (?) Nazis trotzdem ihre kurze Strecke (war ja nicht mal eine Runde) laufen konnten. Es liefen einige Aktionen, doch der durchdringende Erfolg fehlte, das lässt Leute ernüchtern, doch dazu gibt es keinen Grund. Mehr Organisation könnte auch mehr Erfolg heißen, zu mehr Organisation gehört auch mehr Taktik.

Bullentaktik: „Innenraumschutz“ und Greiftrupps

Womit wir bei einer der Gegenseite wären. Die Cops schoben das Konzept des „Innenraumschutzes“, wie es sich bei PEGIDA und LEGIDA bewährt hat, soll heißen einfach nur die Nazistrecke zu schützen, mit urst vielen Kräften. D.h. ein Raufkommen auf die Strecke ist sehr schwer möglich, aber ein Rankommen mit einem großen Haufen, wie gezeigt wurde, schon. Und wenn die Bullen massiv an der Strecke stehen, können sie sonst nicht so präsent sein, wie das schon manchmal der Fall war. Noch ein wichtiger Punkt zur Bullentaktik war, dass Berliner Greiftrupps hinter den Massen an den Gittern umher schwirrten, um mögliche Steine/Flaschenwerfer oder andere aufgefallenen Personen rauszuziehen. Das war definitiv neu für Jena. Behaltet das im Auge! In Berlin wurde über die Jahre das Konzept, einzelne Leute aus Massen herauszuholen, perfektioniert. Was bedingt dagegen hilft, ist das Bilden von Ketten, also sich gegenseitig unterzuhaken.



"Deutsche Polizisten schützen die Faschisten"

Zum Schluss

Bleibt noch übrig, ein Schmunzeln oder auch ein „Was soll das denn?“ loszuwerden über die zahlreichen Schriftzüge, die die Tage zuvor an der Nazistrecke angebracht worden sind. Stand doch da mehrfach „Thügida-Hurensöhne“ oder „Wiebke²=Hurensohn“. Warum es nicht emanzipatorisch, ist die politischen Gegner*innen als „Hurensohn“ zu bezeichnen, wird dann hier nicht noch ausgeführt, sondern einfach mal darauf gehofft, dass dieser Afa-Jugendmob (?) das in unserer weitestgehend „linken Studiszene“

schon noch mitbekommt?! Oder mag dazu jemensch mal einen Text verfassen?

Den nächsten Thügida Fackelaufzug könnte es dann am 27.1. (Gedenktag für Opfer des Nationalsozialismus) oder auch 30.1. („Tag der Machtübergabe“, Hitler wurde am 30.1.33 vom Reichspräsidenten von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt) geben. Bleibt also noch etwas Zeit, sich zu organisieren.

(1) Siehe dazu auch der gerade neu erschienene Artikel in der Roten Hilfe Zeitung 4. 2016, S.17f. „Demonstrieren ohne Smartphone – wie geht das?“ demnächst auch online abzurufen hier: <https://www.rote-hilfe.de/downloads/category/4-die-rote-hilfe-zeitung-rhz>

(2) Wiebke Muhsal ist stellvertretende AfD Vorsitzende der Thüringer Landtagsfraktion, sie hetzt regelmäßig gegen Antifas in Jena, sie wohnt im Bibliotheksweg 1b, die Fassade ihrer Wohnung und die Garage wurden schon mehrfach markiert

November 2016: Hungerstreik gegen Isolationshaft und Postzensur in Untermaßfeld

von GG/BO-Soligruppe Jena, zuerst veröffentlicht auf gefangenensolijena.noblogs.org am 23.11.2016

Der Sprecher der Gefangenengewerkschaft GG/BO in der JVA Untermaßfeld David Hahn wurde am 5. November 2016 in Einschluss genommen. Außerdem wird seit geraumer Weile sein Postverkehr behindert. Gerade die Briefe an andere Gefangenen-Gewerkschafter_innen, unsere Solidaritätsgruppe und andere gefangenensolidarische Organisationen werden verzögert, zurückgehalten oder beschlagnahmt.

Aus diesem Grund hat David Hahn am 6. November einen Hungerstreik angefangen – gegen Repression und Union-Busting. Er hat den Hungerstreik nach 5 Tagen beendet.

Nach dem Hungerstreik des Kollegen Ramis A. von Ende September handelt es sich bereits um den zweiten Hungerstreik in der JVA Untermaßfeld und den zweiten Hungerstreik eines GG/BO-lers in Thüringen innerhalb von zwei Monaten.

Die Behörden in Thüringen sind darauf aus, durch Zensur, Einschluss und andere Schikanen die Selbstorganisation und den Widerstand der inhaftierten Arbeiter_innen in den JVAs Tonna und Untermaßfeld zu brechen. Lassen wir das nicht zu! Unterstützt die Gefangenen und ihre Gewerkschaft!

Kontakt zum Sprecher der JVA Untermaßfeld:

David Hahn
GG-Sprecher JVA Untermaßfeld
Karl-Marx-Straße 8
98617 Untermaßfeld



JVA Untermaßfeld bei Meiningen. Seit 1813 befindet sich im Wasserschloss der Knast.

zeige erstattet gegen die Beamten und als die dies erfuhren haben die meinen Mann genommen und komplett eingesperrt und gesagt: „ Hier werden sie bis zu dem ihrer Verlobten sitzen und keinen Ausgang haben, zwei Wochen soll er dort verbringen ohne Ausgang. Jetzt werde ich die einzelne Sachen aufzählen, was an den Häftlingen alles ausgeübt wird und nicht nur bei meinem Verlobten. Ich bitte Sie so viel wie möglich aus meinem Bericht an Sie zu übernehmen, damit sich in der JVA Untermaßfeld endlich deutlich was ändert. Wir leben in Deutschland und wo ist die Gerechtigkeit?, wenn die Beamten rechtsradikal sind?!

Die Machtausübungen sind:

- Beleidigungen (um eine Fehlreaktion vom Häftling zu erhalten)
- massive Drohungen (wenn du dies nicht tust oder gegen uns was unternimmst, wird dein Aufenthalt sehr sehr unangenehm und du wirst deine Entlassung nicht genehmigt bekommen oder gar nicht)
- Körperverletzung (ein Beamter hält, der andere Beamte schlägt zu (Beamtenaussage: „Du hast keine Zeugen und wir sind zu zweit.“)
- Provokation in aller Art (nur damit die Häftlinge ausrasten und die Beamten die Häftlinge länger wegsperren können)
- Demütigungen (du bist Dreck, wie ein Sklave für uns und geh in dein dreckiges Land zurück
- Rassismus (Beamten: „ wir wer-

den dafür sorgen, dass du in dein dreckiges scheiß Land zurückdeportiert wirst, weil du hier in Deutschland nicht zu leben hast als scheiß Ausländer)

Dies wird alles ausgeübt regelmäßig und die ausländischen Häftlinge leiden am Meisten unter den Selbstjustizfolgen der Beamten. Es ist ungerecht und solche Beamten dürfen ihren Beruf nicht weiterhin ausführen. Jeder Mensch ist ein Mensch. Jeder macht Fehler, doch möchte man einfach seine Zeit absitzen ohne Aufzufallen, wird es von den Beamten nicht gelassen, da sie vieles wie sie gelesen haben dort tun um den Häftlingen zu schaden und länger einzubehalten. Ich bitte Sie wirklich vom ganzen Herzen, dass Sie einen schönen, schlagfertigen und schockierenden Artikel ausschreiben, damit sich was ändert. Ich habe die Wahrheit gesprochen und die Menschen, die glauben, dass so etwas in deutschen Gefängnissen nicht existiert sollen die Tatsache der Wahrheit erfahren. Die JVA Untermaßfeld unterscheidet sich mit deren rechtsradikalen Beamten sehr, im Gegensatz zu den anderen Justizvollzugsanstalten in Thüringen und überhaupt.

Mit freundlichen Grüßen

K.R.

Egal wie alt, egal wie verletzt.

Kurzbericht über Polizeirepression am 9.11.16
vom Thüringer Ermittlungsausschuss

Der Thüringer Ermittlungsausschuss begleitete die Gegenaktivitäten zum Fackelmarsch der Thügida-Nazis am 9. November in Jena. Der Einsatz der Polizei war mal wieder bemerkenswert. Weder wurde rechtskonform mit der Gewahrsamnahme von Minderjährigen umgegangen, noch wurde Rücksicht auf teils leichte, teils schwerere Verletzungen genommen, die die Betroffenen bei den Maßnahmen erlitten haben. Die (meistens jugendlichen) Menschen, die in Gewahrsam genommen wurden, saßen zum Teil ohne zu wissen, wo sie sind, in Gefangenentransportern auf der Strecke des Fackelmarsches fest. Eine Person musste mindestens eine Stunde in der mobilen Zelle warten, bis ein Rettungswagen gerufen wurde, um sie in die Klinik zu bringen.

Besonders die Beamt_innen aus Berlin haben sich hier durch gegenüber den Kolleg_innen aus Thüringen explizit geäußerten Willen zur hohen Zahl von Gewahrsamnahmen hervorgetan. Später die „vier verletzten Polizisten“ (OTZ v. 10.11.2016) in den Mittelpunkt zu stellen, von denen drei durch den wie immer massiven Einsatz von Pfefferspray ihrer Kolleg_innen verletzt wurden, bedarf keiner Kommentierung.

„Die Einsatzleitung war entweder sehr schlecht informiert oder hat absichtlich ein Verwirrspiel um den Verbleib der Personen in Polizeigewahrsam gespielt“, sagte Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk im Nachgang der Ereignisse. Rechtsbeistände, der Ermittlungsausschuss und Freund_innen verbrachten Stunden mit der Suche nach dem Aufenthaltsort der vorläufig Verhafteten.“ So wurde z.B. eine Person für rund drei Stunden in eine 1qm²-Zelle im Gefangenentransporter gesperrt, um für eine 15minütige Personalienüberprüfung und Vernehmung in die Reithalle in der Kahla'schen Straße gebracht und danach freigelassen zu werden.

Die Thüringer Polizei hielt es am Rande der Gegenproteste offenbar für angebracht, einzelne Teilnehmende zielgerichtet und ausdauernd zu provozieren. „Uns wurde berichtet, dass kleine Grüppchen ohne erkennbaren Anlass von Beamt_innen aus Thüringen systematisch verfolgt und in eine Art Steh-Geh-Spiel verwickelt wurden. „Wir wissen nicht, was das soll. Wenn den Polizist_innen an einem solchen Abend langweilig ist, sollen sie Kreuzworträtsel lösen und nicht Leute belästigen!“, sagt Paul Brenner vom Thüringer Ermittlungsausschuss.

Der Ermittlungsausschuss ruft alle Menschen, die in polizeiliche Maßnahmen geraten sind, dazu auf, Gedächtnisprotokolle über die Geschehnisse zu verfassen. Sollte es zu Verletzungen gekommen sein, sollten sie von einem Arzt oder einer Ärztin dokumentiert werden. Wenn Post von Polizei oder Staatsanwalt kommt, empfehlen wir den Betroffenen sich bei der Roten Hilfe in Jena (jena@rote-hilfe.de) zu melden.

Statement von Rhythms of Resistance (RoR) Jena

Da wir jetzt ein paar Mal darauf angesprochen wurden, möchten wir ein Missverständnis richtigstellen. Bei den Gegendemos zum Aufmarsch von Thügida am 9.11. spielte nicht unsere Samba-Band. Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, am Jahrestag der Reichspogromnacht bunt verkleidet lustige, laute Samba-Rhythmen zu trommeln, weil wir das als unangemessen empfanden.

Darüber hinaus haben wir den Anspruch, nicht nur im Hintergrund laut zu sein und Party zu machen, sondern die Musik als Aktionsform zu nutzen, Menschen zu mobilisieren, Demoparolen zu unterstützen und mit Hilfe der pinken Kostümierung für Irritation zu sorgen und uns damit auch gegenüber den Bullen größere Bewegungsspielräume zu ermöglichen.

Sowohl Lob als auch Kritik für die Aktion am 9.11. sind bei uns also an der falschen Adresse. Wir versauen den Faschos dann lieber ihren nächsten Trauermarsch und trommeln weiter für eine weltoffene und solidarische Gesellschaft.

Antifa - ein schlechter Witz...

von Kevin

Am 17. August 2016 wurde im Rahmen der Antifa-Aktionen gegen den Rudolf-Heß-Nazi-Aufmarsch im Damenviertel ein Haus besetzt. Im Text der Besetzer stand, da der Antifa e.V. mit der Zahlung des Demosolds in Verzug gekommen sei, könne man sich die Miete nicht mehr leisten und müsse jetzt ein Haus besetzen. Seit September geht in Jena ein Trash-Sticker mit dem Slogan „Antifa heißt sich hart gönnen“ rum. Er klebt an verschiedenen Ecken, vor allem in Uni-Nähe, und in verschiedenen WG's. Und auf Antifa-Strafexpeditionen in Provinzorte, neulich erst in Bornhagen, dürfen Sprechchöre wie „Kühe, Schweine, Ostdeutschland“ oder „Chrystal, Pfeffi, Ostdeutschland“ nicht fehlen. Ich reg mich darüber regelmäßig auf und will das hier nochmal schriftlich tun.

Gleich vorneweg: Humor und Selbstironie sind wichtige Sachen und gehören definitiv zum politischen Kampf dazu. Aber hier geht es nicht um ein paar Späße untereinander, sondern um die Art und Weise, wie wir als Bewegung auftreten, wie wir nach außen hin unsere Werte und Überzeugungen vertreten und wie andere Menschen uns wahrnehmen.

1. Antifa ist leider bitterer Ernst

Wenn man mal den Campus verlässt und sogar aus Jena raus fährt, wird leider deutlich, dass der antifaschistische Selbstschutz erstens eine Notwendigkeit des Alltags und zweitens eine sehr unangenehme Sache ist. Für viele Leute bedeutet

Antifa, zu schauen, dass sie nicht auf die Fresse kriegen. Da braucht man hier in Jena nur mal mit den Vietnamesen, Russen, Punks und Antifas aus den 90ern zu reden. Eine meinte letztens, dass es reiner Zufall sei, dass damals von den Punks und Antifas in Jena keiner liegen geblieben sei - im Unterschied zu Saalfeld (Jana Georgi), Magdeburg (Torsten Lamprecht, Frank Böttcher), Berlin (Silvio Meyer) und vielen anderen Städten. Und so viel anders ist das auch heute noch in vielen thüringischen Provinzorten und in Erfurt nicht. Die Alerta Südthüringen erinnerte im aktuellen Heft erst an Klaus-Peter Kühn, der 2012 in Suhl von drei Nazis gefoltert und ermordet wurde. Und wir nehmen ja sogar in Jena wahr, dass die Lage gerade wieder kippt. In Leipzig sind schon die ersten Antifas in den Bau gewandert. Vielleicht sollten wir mal darüber mit den Leuten sprechen, anstatt solche Sinnlos-Sticker zu verkleben.

2. Gerade in diesen Zeiten müssen wir klarstellen, was wir eigentlich wollen

Nach Beginn der Krise haben Linke und Anarchist_innen sich gefragt, wann es denn endlich auch hierzulande mal wieder zu Protesten und sozialen Kämpfen kommt. Bewegung ist mittlerweile ins Spiel gekommen, jedoch nicht auf die Art und Weise, die wir uns vielleicht erhofft haben. Viele Menschen sind irgendwie empört und politisieren sich. Oft fehlt ihnen aber eine klare politische Orientierung. Nehmen wir als Beispiel die Montagsdemos

tuelle Email Adresse bzw. Telefonnummer vermitteln könnten.

Es geht um meinen Verlobten, 27 Jahre alt und seine Nationalität ist aserbajdschanisch. Er befindet sich seit ungefähr einem Jahr in der JVA Untermaßfeld. Ich erhalte Briefe, Telefongespräche und auch persönliche Aussagen meines Verlobten, die einem wirklich große Sorgen machen, was die Machtposition der Beamten alles so ausgeübt wird. Ich werde es Ihnen in kleinen Sätzen als Stichwörtern aufzählen, damit Sie es eventuell besser formulieren können. Die JVA Untermaßfeld unterscheidet sich von anderen Justizvollzugsanstalten, weil in Untermaßfeld mehr als die Hälfte rechtsradikal sind. Von meiner Erfahrung her kann ich bestätigen, dass selbst wenn ich meinen Verlobten dort monatlich besuchen komme, immer wieder nicht vernünftig behandelt werde. Ich weiß nicht woran es liegen könnte, denn ich bin eine sehr nette Persönlichkeit und mein Verlobter auch. Ich gehe stark davon aus und bin mir auch sicher, dass es an meinem südländischen Aussehen liegt und deswegen kann ich meinen Verlobten nur unterstützen, was die rechtsradikalen Polizeibeamten alles mögliche am Häftling ausüben. Ganz besondere Situationen sind, wenn zwei Polizeibeamten in die Zelle eines Häftlings kommen, wo der Häftling allein ist und keine weiteren Häftlinge als Zeugen aussagen können. Denn genau in solchen Situationen kommt es zu oft an Machtpositionen der Beamten zustande. Einer der Beamten hält den Häftling und der andere Beamte schlägt auf den Häftling ein, mal mit der Hand und mal mit dem Schlagstock und das ohne Grund aus Provokation mehrerer Häftlin-

ge. Die Beamten nutzen ihre Machtposition aus um besonders ausländischen Häftlingen zu schaden und zu provozieren, damit die Häftlinge sich wehren und dies dann manipuliert wird und am Ende der Vorwurf von den Beamten heißt: „Der Häftling hat uns angegriffen und wir mussten mit dem Schlagstock ihn ruhig stellen. Die Situation war wie folgt, mein Verlobter hatte einige Fotos von mir, Freunden und seiner Familienmitgliedern im Rahmen gehabt und an der Wand aufgeklebt und das war erlaubt und ist seit einem Jahr so geblieben, bis auf vor zwei Tagen. Die Beamten kamen zu zweit rein und sagten zu meinem Verlobten er soll die Bilder abmachen, obwohl man Fotos erhalten durfte und sie aufhängen, sollte er die trotzdem abmachen. Als er dies nicht sofort machen wollte, weil es völlig unakzeptabel war, hat der eine Beamte ihn festgehalten und der andere auf ihn eingeschlagen und rechtsradikale Aussagen gesagt wie: „Geh in dein scheiß Dicksland zurück, hast hier in Deutschland nichts zu suchen, du solltest erst gar nicht gegen uns klagen, sonst werden wir dir den Aufenthalt komplett verschlimmern und du wirst hier nicht mehr rauskommen.“

Nachdem die Beamten fertig mit ihrer rechtsradikalen gewalttätigen Körperverletzung waren, ging mein Verlobter so schnell es ging zum Arzt und hat sich untersuchen lassen zuzüglich einen Protokoll erstellt, worauf die Wunden vermerkt wurden. Danach hieß es: „Er ist losgegangen auf die Beamten!“ Daraufhin haben die ihn eingeschlossen in einer Zelle ohne Freigang. Als er dann doch kurz die Möglichkeit hatte kurz raus zukommen, hat mein Verlobter eine An-

JVA Untermaßfeld: Rassistische Schließer, Misshandlung, Iso-Haft und Zwangsverlegung während Hungerstreik! Solidarität mit dem Gefangenengewerkschafter Ramis A.!

von GG/BO-Soligruppe Jena, zuerst veröffentlicht auf
gefangenensolijena.noblogs.org am 27.10.2016

Nachdem – unseren Informationen zufolge – der Häftling und Mitglied der Gefangenengewerkschaft Ramis A. im September 2016 von Schließern der JVA Untermaßfeld zusammengeschlagen und rassistisch erniedrigt wurde, ließ er sich die Wunden medizinisch attestieren, um anschließend gegen seine Peiniger vorzugehen. Daraufhin wurde er von der Anstaltsleitung bedroht und in Isolationshaft verlegt. Vom ersten Tag des Arrests an begann er einen Hungerstreik, den er 12 Tage lang durchhielt. Damit wollte er gegen die Beamtenwillkür und seine doppelte Strafe aus Disziplinarmaßnahme und Strafanzeige gegen ihn protestieren. Am 8. Tag ist er auf dem Freihof zweimal umgekippt, ihm wurde aber erst nach einer guten Weile von den Schließern Hilfe geleistet mit der Begründung, er sei ja nicht der einzige Häftling hier. Am Abend des 8. Tags und am 9. Tag des Hungerstreiks musste der Notarzt kommen. Am 11. wurde er nicht zum Arzt gelassen – Begründung: Tag der deutschen Einheit. Während des Hungerstreiks wurde er in die JVA Tonna zwangsverlegt. Mittlerweile scheint es ihm gut zu gehen. Wir veröffentlichen im Folgenden ungekürzt den Bericht, den seine Verlobte K.R. Ende September 2016 an verschiedene Zeitungen und Medien geschickt hat in der Hoff-

nung, sie mögen den Fall aufgreifen. Diese haben den Kampf des inhaftierten Arbeiters und Gefangenengewerkschafters Ramis A. unter den Teppich gekehrt und unterstützen so die Vertuschungspolitik der JVA Untermaßfeld.

Wir stellen erneut fest, dass in Thüringens und Deutschlands Knästen mit allen Mitteln gegen Häftlinge mit Rückgrat, gerade gegen migrantische Häftlinge, vorgegangen wird, um so den Widerstand und die Gewerkschaft der Gefangenen zu zerschlagen. Wir dagegen stehen an der Seite aller widerständigen Gefangenen und auch gerade der migrantischen Gefangenen.

Schluss mit Rassismus und Ausbeute hinter Gittern! Solidarität mit Ramis A.!

Die Machtausübung der Beamten in Ihrer Position in der JVA Untermaßfeld

von K.R., Hannover,
den 23.09.2016

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie vom ganzen Herzen, dass Sie einen Artikel veröffentlichen über den Aufenthalt in der Justizvollzugsanstalt Untermaßfeld (Meiningen). Falls ich mich an wen Anderes wenden soll und hier bei Ihnen falsch bin, dann bitte ich Sie es weiterzuleiten oder mir eine ak-

von 2014, zu denen neben organisieren Nazis und Antisemit_innen auch zig Leute gekommen sind, die einfach gegen den Krieg und generell verunsichert waren und eine Möglichkeit gesucht haben, dieses unbestimmte Gefühl auszudrücken. Oder nehmen wir die Schüler_innen-Bewegung in Jena, die sich seit 2015 im Rahmen der Antinazi-Demos gebildet hat. Auch hier fehlt jenseits des Antinazi-Konsens und Links-Seins eine klare politische Perspektive. So schafft es Jugend gegen Rechts (JgR), das eine Mal mit der linksradikalen Pekari-Gruppe auf die Straße zu gehen und am 1. September die staatssozialistische Antikriegs-Demo von DKP, SDAJ, IG-Metall-Jugend und SDS zu unterstützen. Und bei der Schuldemo vom 1. Dezember sprangen viele Schüler_innen mit Antifa- und anarchistischen Symbolen rum. Auf der anderen Seite aber hielten der Linkspartei-Apparatschik Thorsten Wolf und ein SDAJ-ler politische Sonntagsreden.

Gleichzeitig kommt es seit 2012 zu rechten Mobilisierungen, die die politische Landschaft grundlegend umkrepeln. Mit den Nein-zum-Heim-Protesten in unzähligen Dörfern und Kleinstädten, Pegida und seinen Ablegern wie Thügida und den AfD-Kundgebungen in Erfurt sind nationalistische bis völkische Massenbewegungen entstanden. Und mit den Identitären, dem Dritten Weg und anderen Gruppierungen haben Nazi-Kader neue attraktive Organisationsangebote geschaffen.

Ich finde, gerade in dieser Lage müssen wir deutlich machen, worum es uns geht und zwar sowohl, damit Leute, die irgendwie

was gegen Krieg oder Nazis haben, sehen, dass es auch sowas wie eine autonome Bewegung mit eigenen Kämpfen und eigenen Ideen gibt, als auch um der nationalistischen Straßenbewegung, die sich in Deutschland formiert, etwas entgegensetzen.

3. Uns selbst mehr ernst nehmen

Zu viele Aktionen der letzten Monaten waren schlicht und einfach Selbstbespaßung. Anstatt von Selbstorganisation, Autonomie, Kämpfen im Alltag und den Aufbau von Selbstschutz- und Solidaritätsbeziehungen zu sprechen, kommen draußen das Gelaber vom Antifa e.V., blöde Witze und ein sinnloser Hass auf Osis an. Ich meine, wenn wir uns als Bewegung selbst nicht ernst nehmen können, wie sollen das dann erst Andere tun? Und wie sollen die sich dann auch noch uns anschließen... Insofern finde ich die erwähnten Witzeleien über den Antifa e.V., Sinnlos-Sticker oder bekloppten Demosprüche nicht nur Scheiße, ich finde sie politisch betrachtet sogar schädlich. Leute, die derartiges Material (Texte, Sticker) produzieren, übernehmen auch eine gewisse politische Verantwortung dafür. Deswegen mein Appell: Leute, lasst das endlich bleiben. Ihr müsst ja nicht mal Anarchist_innen werden oder was weiß ich was. Nehmt euch als Antifas bitte einfach nur mal ernst. So schwer ist das nicht. Schließlich laufen ja bei uns in der Ecke auch ganz gute Antifa-Aktionen und -Kampagnen, z.B. die „Antifa heißt Landarbeit“-Demo in Gera, die Demo gegen Antisemitismus vom 9. November und andere. Da könnte man sich mal eine Scheibe abschneiden.

Gefangenen-Infos

zusammengestellt vom ABC Jena

Leipziger Trotzist Patrick seit 16. September in Haft: Patrick, der offenbar mit der trotzistischen Organisation „Revolution“ verbandelt ist, wurde Anfang August nach dem Angriff auf das Polizeipräsidium in der Leipziger Eisenbahnstraße festgenommen. Mitte September wurde er zu 1 Jahr und 10 Monaten Haft verurteilt, die Verteidigung legte gleich Berufung ein, er wurde dennoch von Bullen verhaftet und eingeknastet. Seitdem sitzt Patrick in U-Haft. Die „Revolution“ hat eine Soligruppe gebildet und eine Unterstützungskampagne in Gang gesetzt.

Ende September bis Anfang Oktober Hungerstreik von GG/BO-ler Ramis A. in der JVA Untermaßfeld: Siehe S. 28..

Tur*tel von der Waldbesetzung LAUtonomia seit Anfang Oktober im Offenen Vollzug: Seit Mitte Mai befindet er sich in Haft, seit Anfang Oktober ist er im Offenen Vollzug. Post geht an:
Moritz Neuner
JVA Ebrach
Marktplatz 1
96157 Ebrach

3. bis 24. Oktober Antifaschist Benni in U-Haft: Benni war bei den Protesten gegen die AfD am 3. Oktober in Stuttgart festgenommen worden und blieb bis zu seiner Freilassung, am 24. Oktober, als U-Häftling in der JVA Stammheim.

4. Oktober 2016 Weißrussischer Anarchist Andrej Dzhamburiyev zu 3 Jahren Hausarrest verurteilt: Andrej Dzhamburiyev aus Brest wurde nach einer Schlägerei mit ein paar Prolls zum 3 Jahren Hausarrest verknackt. Haben die Behörden also doch noch einen Weg gefunden, ihm eins reinzuwürgen.

20. Oktober Schmutz-Protest in JVA Bielefeld: In einem reißerischen Artikel berichtete die Bild vom Protest der Häftlinge: "Sie drohen mit Selbstmord, verletzen sich. Sie greifen Bedienstete an, schmieren Fäkalien und Blut an die Wände ihrer Hafträume." Klingt vielleicht seltsam, ist aber eine der wenigen Widerstandsformen, die einem im Knast bleiben - denken wir nur an den Dirty Protest der IRA-Kriegsgefangenen in Nordirland Ende der 70er.

6. bis 10 November Hungerstreik von GG/BO-Sprecher David Hahn in Untermaßfeld: Siehe S. 31.

Rigaer-94-Gefangene: Aaron und Balu entlassen, Thunfisch in U-Haft: Aaron und Balu, die beide wegen Beteiligung an einer Soli-Demo für das Hausprojekt in der Rigaer Straße 94 (Berlin) am 9. Juli verhaftet wurden, sind rausgekommen. Balu am 12. Oktober und Aaron am 9. November. Für die gleiche Demo wurde nun am 21. November Thunfisch in Münster festgenommen und über Bielefeld nach Berlin gebracht. Auch für sie hat sich eine Soligruppe mit dem Blog freethunfisch.blackblogs.org gebildet. Sie ist im Frauenknast von Berlin-Lichtenberg eingesperrt und freut sich sehr über solidarische Post:

744/16/0 (Buchnummer als Ersatz für Name)
JVA für Frauen, Hauptanstalt Lichtenberg
Alfredstr. 11
10365 Berlin

Freiheit für die aserbaidshanischen Anarchisten Gyas und Bayram!: Seit dem 10. Mai befinden sich Bayram Mammadov und Gyas Ibrahimov im Knast von Baku, der

Hauptstadt Aserbaidshans. Sie hatten anlässlich des anstehenden Nationalfeiertags am 11. Mai zwei Graffiti auf das Denkmal des Vaters des Präsidenten gesprüht: „Fuck the system“ und „Herzlichen Glückwunsch zum Sklaventag“. Bei einer späteren Razzia in ihren Zimmern fanden die Bullen angeblich 2 kg Heroin. Laut ihrem Anwalt wurden sie im Gefängnis geschlagen und misshandelt. Gyas wurde am 25. Oktober zu 10 Jahren Haft verurteilt, Bayrams Prozess läuft wohl noch, wird aber ebenfalls mit ein langjährigen Haftstrafe enden.

Am 6. November wurden außerdem Elmir Tahmin und Tapdig Mammadov in Ganja verhaftet, weil sie „Nein zur Diktatur“ und „Freiheit für Gyas und Bayram“ an Wände gesprüht haben. Es gab in einigen Ländern Soli-Aktionen, unter anderem am 18. November vorm aserbaidshanischen Konsulat in Stuttgart.

Soli-Post für Bayram und Gyas geht an
Bayram Məmmədov, Qiyas İbrahimov
Bakı şəhəri Kürdəxanı qəsəbəsi
Bakı İstintaq Təcridxanası
Sabuncu Rayon
AZ1059
ASERBAIDSHAN

(Stadt Baku, Provinz Kurdakhani, Untersuchungsgefängnis von Baku, Bezirk Sabunchu, PLZ- AZ1059, Aserbaidshan)

17. November Haftstrafe für weißrussischem Antifa Maxim Yahnieshka bestätigt: Maxim Yahnieshka aus Brest war im September zu 3 Jahren Haft verurteilt worden. 2015 war er von rechten Hooligans zusammengeschlagen. Als er den Bullen gegenüber jegliche Aussage verweigerte, brachten sie die Hooligans dazu, ihn für andere Sache zu belasten. Das ABC Belarus wird sein Knastadresse bald veröffentlichen.

25. November Mitglieder von Grup Yorum in der Türkei im Hungerstreik: Nachdem die Bullen im Oktober und November die Proberäume der bekannten staatskommunistisch-revolutionären Band Grup Yorum stürmten und mehrere Bandmitglieder festnahmen, sind sie aus Protest gegen Misshandlungen und für einen baldigen Prozess in den Hungerstreik getreten.

Ahmed H. von den Röske 11 zu 10 Jahren Haft verurteilt: Am 30. November wurde Ahmed H. zu 10 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Er gehört zu den 11 Leuten, die im September 2015 bei den Krawallen zwischen Migrant_innen und Grenzschützern am ungarisch-serbischen Grenzübergang Röske/Horgos verhaftet wurden. Ahmed H. wurde vorgeworfen, „Anführer des Massenprotests“ gewesen zu sein. Deswegen wurde er im Unterschied zu den anderen Festgenommenen wegen Terrorismus verurteilt. Nach dem Urteil fanden in Szeged und Budapest Solidaritätsdemonstrationen statt. Mehr Infos unter freetheroszke11.weebly.com.

Seit 1. Dezember zwei neue U-Häftlinge aus dem Hambacher-Forst-Widerstand: Die zwei Spanier_innen Hodei und Siao wurden im Hambacher Forst, wo seit Mitte 2012 mit Waldbesetzungen gegen die Rodung des Waldes für einen Braun-kohletagebau gekämpft wird, festgenommen und in U-Haft gesteckt. Angeblich haben sie aus einem Baumhaus Feuerwerk auf Bullen geschossen. Am 7. Dezember werden sie dem Haftrichter in Kerpen vorgeführt und anschließend in den Frauenknast in Köln-Ossendorf verlegt. Post geht an:
SSK z.H. ABC Hodei/Siao
Salierring 37
50677 Köln

Von dort wird sie weitergeleitet. Die Beiden verstehen Spanisch und Englisch.